

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 160.

Donnerstag, den 11. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Konfessionelle Landarbeitervereine.

II.

Das Programm, das die evangelischen Arbeitervereine, die in Deutschland über 120 000 Mitglieder zählen, für die Landarbeiter aufgestellt haben, schlägt diese in neue Fesseln. Es sollen wohl Spar- und Darlehnskassen ins Leben gerufen werden; doch wie die Landarbeiter sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen sollen, wird mit keinem Wort gesagt. Die Kämpfe um eine bessere Existenz sollen nach dem Wunsch der evangelischen Arbeitervereine noch mehr erschwert werden. In einzelnen Staaten Deutschlands haben nämlich die Landarbeiter das Streikrecht. Das soll ihnen genommen werden. Den Agrariern freilich gehen auch diese Vorschläge der evangelischen Arbeitervereine noch zu weit. In ihren Blättern wird erklärt, man dürfe wohl annehmen, daß die Gründer evangelischer Arbeitervereine auch für die übrige Zeit den Landarbeitern das Streikrecht nicht zubilligen wollten, denn sie würden sich der Einsicht doch wohl nicht verschließen, daß auch die so hochwichtige Viehhaltung im Winter durch einen Streik der Leute unermesslichen Schaden erleiden könne und daß andererseits ein vor der Ackerbestellung oder Ernte begonnener Streik sich sehr leicht so hinziehen könne, daß weder die Ausaat zur rechten Zeit beendet, noch die Ernte rechtzeitig eingebracht werden könne.

Die Gründer konfessioneller Landarbeitervereine werden natürlich diesem dringenden Wunsche gern nachkommen, und wenn sie auch theoretisch den Landarbeitern den Streik im Winter zugestehen, ausgeführt wird er mit ihrer Zustimmung nie werden, ganz abgesehen davon, daß er in dieser Jahreszeit zwecklos ist. Die Hauptwaffe zur Erreichung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit wird den Landarbeitern verweigert. Man tut so, als ob diese Dinge nur unwesentlicher Natur wären; und doch sind sie die Hauptsache. Erst dann wird der Landarbeiter auf eine höhere Kulturstufe gelangen, wenn er sich einigermaßen angemessener Löhne und einer geregelten kürzeren Arbeitszeit erfreut.

Die Wohnungsfrage, die ebenfalls eine überaus wichtige ist, tut man damit ab, daß man den Landarbeitern empfiehlt, mit Hilfe der Gemeinden und Behörden — Baugenossenschaften zu gründen. Selbst wenn diese Hilfe gewährt wird und selbst wenn die Landarbeiter in der Lage wären, an der Gründung von Baugenossenschaften tatkräftig mitzuwirken, so bedeutete das nichts weniger als eine Selbstmachung der Arbeiter, die überaus schädliche Folgen hätte. Gemeinden und Behörden müßten recht tief in den Beutel greifen, wollten sie auf diesem Gebiet etwas Nennenswertes schaffen; sie werden aber kaum Lust dazu verspüren. Und die Landarbeiter! Sie arbeiten bald hier, bald dort. Ihr Verdienst reicht kaum zum Leben aus, geschweige zur Beteiligung an Baugenossenschaften. Selbst den Industriearbeitern ist es ja erst in wenigen Gebieten und meist nur in Verbindung mit den Konsum- und Produktionsgenossenschaften gelungen, Baugenossenschaften zur Errichtung von kleinen Wohnhäusern zu gründen; und da sollen die viel schlechter gestellten Landarbeiter an diese Frage herangehen!

Seit Jahren bemüht man sich unter Aufwendung großer Mittel, die Landarbeiter anzusiedeln. Der Erfolg ist sehr bescheiden. So hat die Ostpreussische Landgesellschaft bis zum Jahre 1910 in viereinhalb Jahren 67 Landarbeiter angesiedelt. Ferner ist versucht worden, die Landarbeiter auf Domänen anzusiedeln. Aber das praktische Ergebnis ist, wie die agrarischen Blätter eingestehen, geradezu kläglich. Ein sehr großer Teil aller überhaupt in Betracht kommenden Kreise in Preußen hat direkt ablehnend geantwortet, während andere Bedenken aller Art geltend gemacht haben und für eine praktische Suangriffnahme der Ansiedelung nicht zu haben sind.

Es besteht in weiten Kreisen der Agrarier eine Abneigung gegen die Ansiedelung, da diese nicht ganz nach ihren Wünschen vorgenommen wird. Sie fordern bei der Ansiedelung die völlige Versklavung der Leute, und da die Regierung das nicht ganz mitmachen kann, so stehen viele Sunker der Ansiedelung teilnahmslos gegenüber.

Ferner soll eine „Reform“ der Gesindeordnung erstrebt werden — nicht etwa die Abschaffung, die von allen Arbeitern, selbst von den christlichen, als notwendig erachtet wird; denn wer ihre Greuel kennen gelernt hat, kann nicht ihr Freund bleiben und auch nicht ihre „Reform“ fordern, sondern muß auf ihre Beseitigung dringen. In bürgerlichen Kreisen freilich steht man dieser Frage völlig gleichgültig gegenüber. Es gibt „moderne“ Frauenrechtlerinnen — von den bürgerlichen Parlamentariern ganz

abgesehen —, die erklären, daß die Gesindeordnung nur auf dem Papier stünde und daß man deshalb auf ihre Abschaffung gar nicht zu dringen brauchte. Der Verfasser des Programms für die konfessionellen Landarbeitervereine wollten jedoch wenigstens etwas bieten, daher haben sie die Reform der Gesindeordnung vorgeschlagen. Wird diese Arbeit den Einzelstaaten überlassen, so wird sicherlich in Preußen eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung herauskommen. Die Interessen des Gesindes werden eher geschädigt als gefördert. Hier kann es nur einen radikalschritt geben, und der muß im Reichstage für alle Einzelstaaten vorgenommen werden.

Den heftigsten Widerstand werden die konfessionellen Vereine finden, wenn sie tatsächlich versuchen sollten, einige ihrer Programmpunkte, wie Gründung von paritätischen Arbeitsnachweisen, Bildung von Arbeitsauschüssen zur Überwachung der Arbeitsnachweise und Schlichtung aller aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfragen, zu verwirklichen. Beide Forderungen bedeuten immerhin einen gewissen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustande, und deshalb werden sie von den Agrariern aufs schärfste bekämpft werden, sobald für sie auf dem Lande agitiert werden wird.

Den Arbeitsnachweis haben die Landwirte schon möglichst organisiert, natürlich in der einfachsten Weise. Für die Beschaffung von ausländischen Arbeitern haben sie ihre Zentralen. Die Landwirtschaftskammern haben längst Vermittlungsstellen eingerichtet; sie haben aber nach Ansicht der Agrarier zu teuer gearbeitet, und daher sind diese zum Teil dazu übergegangen, sich Vereine zu schaffen, die im wesentlichen den Mitgliedern Arbeitskräfte zu besorgen haben. Als das neue Stellenvermittlungsgesetz in Kraft trat, wurde diesen Vereinen von den Behörden Schwierigkeiten bereitet; man sah sie nicht gern, da sie Konkurrenzunternehmen der Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammern waren. Aber diese Vereine haben sich doch durchgesetzt. Nachdem nun die Arbeitsnachweise in den Händen der Agrarier sind, sollen diese den Arbeitern Konzeptionen machen und mit deren Vertretern zusammen in paritätischen Nachweisen sitzen? In harten Kämpfen müßten ihnen diese Einrichtungen wieder abgerungen werden, und davon wollen die Gründer der konfessionellen Vereine doch nichts wissen. Die Agrarier betonen in dieser Hinsicht den Herrenstandpunkt noch weit schärfer als die Gewerbetreibenden und Industriellen.

Ebenso verhält es sich mit den Arbeiterauschüssen zur Überwachung der Arbeitsnachweise und der Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfragen. Auch hier werden die Agrarier eine schroff ablehnende Stellung einnehmen; und die Behörden wie die Gemeinden sind in den ländlichen Gegenden ja lediglich die Vollstrecker des Willens der Agrarier. Auf sie darf also nicht gerechnet werden. Will man den Landarbeitern hier helfen, so stelle man sie unter die Gewerbebehörden. Hilfe nach dieser Richtung tut dringend not. Es ist ein Sammer, wenn man sehen muß, wie heutzutage die Landarbeiter allein auf den beschwerlichen, kostspieligen und leider oft vergeblichen Weg der Klage vor den Amts- und Landgerichten angewiesen sind.

In der Hauptsache werden sich die konfessionellen Landarbeitervereine darauf beschränken, sittlich-religiöse Aufgaben zu erledigen. Man will ja auch in Wirklichkeit gar nicht den Landarbeitern helfen, sondern lediglich den Fortschritt der modernen Arbeiterbewegung auf dem Lande hemmen. Das ist der wahre Zweck der Übung. Und deshalb sollen auch an diesen Aufgaben alle Gemeindeglieder mitarbeiten. Daher auch die Sympathie der preussischen Regierung für derartige Vereine. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, heizigen eingzugreifen und die Landarbeiter vor diesen neuen Fesseln zu warnen. Ein kräftiges Leben wird diesen konfessionellen Landarbeitervereinen beschieden sein, doch können sie hemmend auf unsere Bewegung einwirken und das muß im Interesse der Landarbeiter vermieden werden.

Die neuen Steuern.

Der Reichstag hat kurz bevor er in die Ferien ging einer Resolution zugestimmt, in der die Vorlage von Gesetzesentwürfen verlangt wird, die auf eine Besteuerung des Vermögens hinauslaufen. Zwar ist jetzt ein Überschuß von 249 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1911 festgesetzt worden und das könnte zu der Lösung führen, daß sich das Reich momentan in einer geradezu glänzenden Finanzlage befindet — die geforderten neuen Steuern also nicht brauche. Das Zentrum und Konservative, um die Erbschaftsteuer abzuwehren, mit diesen oder ähnlichen Argumenten operieren werden, ist töricht. Der günstige Abschluß der Reichs-Hauptkasse ist aber nur eine blühtartig vorübergehende Erscheinung, denn zunächst einmal ist es keine Kunst und erst recht keine Hexerei, Überschüsse zu erzielen, wenn die Einnahmen mit allem Vorbedacht zu

niedrig angelegt worden sind. Das deutsche Volk hat im Vorjahre unter der Dürre schwer zu leiden gehabt, denn der durch die Dürre veranlaßte Mißwachs hat die Lebensmittelpreise enorm in die Höhe getrieben. Die Dürre war für den Reichsfiskus insofern ein Glücksumstand, als die Einfuhr aus dem Auslande stieg und damit natürlich wesentlich höhere Zollerträge vereinnahmt werden konnten. Zieht man noch die überaus günstige Konjunktur in Betracht, so ergibt sich ein Bild, so farbenfroh und prächtig, wie es Schatzsekretär Kühn wohl nicht sobald wieder zu Gesicht bekommen wird.

Deshalb kommt man aber um neue Steuern nicht herum, auch schon deshalb nicht, weil Herr v. Bethmann-Hollweg sich in den Gedanken verrannt hat, daß Besitzsteuern im Lande draußen, unter den breiten Wählermassen, ein Gefühl der höchsten Befriedigung mit dem Regime Theobalds auslösen müßten. Die liberale und die schwarzblaue Presse liegen sich ja auch bereits seit Wochen in den Haaren, ob es besser sei, das Vermögen oder die Erbschaften zu belasten. Die Agrarier reden aus leicht erkennbaren Gründen einer hohen Dividendensteuer das Wort — schließlich aber war man hüben und drüben darüber einig, daß bezahlt werden müsse, nur wer bezahlen sollte, darüber konnten die Besitzenden unter sich eine Abstimmung nicht erzielen.

Unterdessen ist im Reichschatzamt, unbeirrt vom Streit der Meinungen, fleißig gearbeitet worden und wenn man den „Politischen Nachrichten“ des Herrn Viktor Schweinburg Glauben schenken darf, dann wird das Reichschatzamt den verbündeten Regierungen den Entwurf einer Reichsvermögenssteuer mit verschiedenen Varianten (Vermögenszuwachssteuer u. dergl.) neben Entwürfen für die Einführung von Erbschafts- Steuern zur Beschlußfassung unterbreiten.

Mit salomonischer Weisheit hat demnach das Reichschatzamt den Streit der Besitzenden Klassen um die Zahlungspflicht dahin entschieden: Ihr sollt alle ja mit in den Beutel greifen! Leider hat nun aber die Besitzende Klasse im Reichstag die Mehrheit und kommt dadurch in die Lage, den Grad ihrer Opferwilligkeit selbst umgrenzen zu können. In der Verteidigung des eigenen Portemonnaies geben aber die Liberalen den Sunkern an Aufopferung nichts nach, und wenn das Reichschatzamt mit der Erbschaftsteuer gleichzeitig die Vermögenssteuer verlangt, dann besteht die Gefahr, daß entweder gar nichts zustande kommt oder daß beide Steuern derart abgeschwächt und verkleinert werden, daß von einer wirklichen Belastung der Besitzenden nicht mehr die Rede sein kann.

Von der Berliner bürgerlichen Presse beschäftigt sich nur die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ eingehend mit den neuen Besitzsteuern. Wie nicht anders zu erwarten war, hält das Blatt an der ablehnenden Haltung gegenüber der Erbschaftsteuer fest und empfiehlt der Regierung, sie möge dem Vorschlag näher treten, den Graf Schwerin-Löwitz in der Ausschussung des Deutschen Landwirtschaftsrats gemacht hat, man möge einfach die Matrikularbeiträge erhöhen und den einzelnen Bundesstaaten vorschreiben, daß sie diese Erhöhung nur durch direkte Steuern decken dürfen. Schließlich behauptet die „Deutsche Tageszeitung“, daß das landwirtschaftliche Einkommen heute schon steuerlich weit schärfer gefaßt sei, als das Einkommen der städtischen Bevölkerung und zum Beweis dafür beruft sie sich auf die „Agrarpolitische Korrespondenz“. Einen wenig beweiskräftigeren Schwurzeugen hätte sich die „Deutsche Tageszeitung“ für ihre Behauptungen allerdings nicht mehr besorgen können. Das agrarische Blatt sagt schließlich der Regierung, daß eine Erbschaftsteuer auf das bodenständige Gewerbe geradezu aufreizend wirken müsse und empfiehlt dann nochmals eindringlich, eine Steuer auf Dividenden zu legen.

Durch diese Stellungnahme des agrarischen Blattes dürfte nunmehr die Diskussion in der bürgerlichen Presse einsetzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Bierrede.

Der Staatssekretär des Kolonialamtes, Dr. Solf, befindet sich auf einer Ferienreise in Südafrika und wird natürlich von den Behörden und Farmern gebührend gefeiert. Die bürgerliche Presse bemüht sich, die bei diesen Feierlichkeiten gehaltenen Reden im Interesse der Kolonialpolitik nach Kräften auszuschnäueln. So läßt sie sich beispielsweise durch Kabeltelegramm melden, daß die Gemeinde Windhuk dem Dr. Solf einen Bierabend veranstaltete, auf dem natürlich der Kolonialsekretär auch eine Rede hielt. Er versicherte, keine Programmrede halten zu wollen, meinte dann aber doch, er sei mit dem Souver-

neur darüber einig, daß im Lande so verschiedene Verhältnisse bestehen, daß ein abgeschlossenes festes Programm nicht angebracht sei. Er habe den Eindruck, daß hier ein Neudeutschland über See erstehe. Als er die landwirtschaftlichen Einrichtungen auf der Station Neudamm und die Straußenfarm in Dittze zu sehen, soll er ausgerufen haben: „Und aus dem Lande sollte nichts werden!“ — Der Bierabend scheint schon ziemlich weit vorgeschritten gewesen zu sein, als Dr. Solf seine Rede hielt.

Der Streit um die Nationalflugspende.

Bei der Kiesenbettelei zur Schaffung von Flugapparaten und zur Hebung des Flugports, bei der selbst Kassen und Schulen nicht verschont wurden, sind große Summen zusammengekommen, die nun ihrer Verwendung harren. Aber das Wie der Verteilung dieser Summen scheint sich aber ein Streit zu entspinnen. Eine ganze Anzahl von Flugvereinen macht Anspruch auf Unterstützung aus der neuen Geldquelle.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ veröffentlicht eine Aufschrift aus Luftschiffkreisen, in der einleitend bemerkt wird, daß gegenwärtig auf dem Gebiete der Luftschifforganisationen eine heillose Verwirrung herrscht; mehr als ein halbes Duzend Zentren bestehen. Notwendig sei es, daß folgende Organisationen sich einander nähern:

1. die National-Flugspende, Sitz Berlin,
2. der Deutsche Luftfahrer-Verband, Sitz Berlin,
3. der Reichsflug-Verein, Sitz Berlin,
4. die Reichsfliegerkristung, Sitz Berlin,
5. der Deutsche Luftlotterverein, Sitz Mannheim,
6. der Bund Deutscher Flugzeugführer, Sitz Berlin,
7. Reichsabler (auch Deutscher Adler genannt), Sitz Wiesbaden,
8. Verein für Zeppelin-Fahrten (E. V. früher Stuttgart, jetzt Frankfurt a. M.)

In der Aufschrift wird dann eine „autoritative Behörde“ verlangt, die „die Zügel aller jetzt nebeneinander und manchmal leider auch gegeneinander tätigen Organisationen in die eine nicht allzu schwere Hand nimmt, ihre einzelnen Arbeitsgebiete genau abgrenzt und der deutschen Einheit auch auf dem Kampffeld der deutschen Luftfahrt Hand in Hand mit der Nationalflugspende die nötige Achtung verschafft.“ Als eine solche Behörde möge der Deutsche Luftfahrer-Verband ausgestattet werden.

Dann wird der Vorschlag gemacht, bei der Verteilung der Nationalflugspende nicht Berlin den Löwenanteil zu geben, sondern „die bewährten Vereinigungen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.“ Die Nationalflugspende müsse diesen über das ganze Deutsche Reich so glücklich verteilten Luftschiffahrts-Kolonien aber auch ihre gesunde Selbständigkeit lassen. Ein Anfang dazu scheine durch die Schaffung von Provinzial-Ausschüssen der Nationalflugspende gemacht zu sein. Die Summen, die von diesen Provinzial- und Landes-Ausschüssen gesammelt, sollen auch den betreffenden Provinzen wieder zur Stärkung ihrer heimlichen Flug-Stellen übergeben werden.

Neuer Kolonialsegen.

In einer der letzten Sitzungen der Handelskammer für Süd-Kamerun, an der auch Gouverneur Ebermaier teilnahm, machte ein Redner die Mitteilung, daß ihm Gegenden bekannt seien, wo Blei, Zinn, vielleicht auch Silber vorkommt, von den ungeheuren Mengen Eisenstein gar nicht zu reden. Ein anderer Redner erzählte von den ausgedehnten Lagern von Edelmetallen, die im Hinterlande Kameruns vorhanden zu sein — scheinen! — Zu bewundern ist nur die Uneigennützigkeit dieser Herren, daß sie diese wertvollen Schätze nicht längst für sich in Besitz genommen haben, denn man kann doch ganz gewiß nicht annehmen, daß die ganze Rederei nur den Zweck haben sollte, Dumme auf den Leim zu locken!

Die ersten armierten Luftkrenzer.

Das Parsonal-Luftschiff „P. L. 8“ (Ersatz für „P. 2“), das in Bitterfeld fertiggestellt wurde, soll außer Bomben-Lancierrohren zwei Maschinengewehre erhalten. Dieser neue Luftkrenzer wird noch in diesem Monat seine Probefahrten abhalten. Auch das in Friedrichshafen wieder hergestellte, für die preussische Militärverwaltung bestimmte Zeppelin-Luftschiff „Z. 3“ erhält als Geschützrüstung ein Maschinengewehr. Deutschland in der Welt voran!

Strafexpedition in Neu-Guinea.

In Kaiser-Wilhelms-Land, einem noch völlig unbekanntem Gebiet in der Südsee, ist der deutsche Vogeljäger Peterken mit drei jährigen Arbeitern ermordet worden. Der Gouverneur von Neu-Guinea hat sofort eine Strafexpedition veranlaßt.

Eine nationalliberale Unverschämtheit.

Der „Soester Anzeiger“ berichtet über eine Versammlung der nationalliberalen Partei in Soest, in der u. a. der Reichstagsabgeordnete Kaufmann Schulenburg, über seine „Tätigkeit“ im Parlament berichtete.

Herr Schulenburg, ein Reuling im Reichstage, der im Januar mit sozialdemokratischer Hilfe gegen das Zentrum im Kreise Hamm-Soest gewählt wurde, leistete sich dabei eine grobe Unverschämtheit gegen unsern Genossen Bebel. Der nationalliberale „Soester Anzeiger“ berichtet über den Vorgang wie folgt:

Redner erörtert dann die Verhandlungen zwischen dem Abgeordneten Bebel und dem Abg. Schiffer, nach welchen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten verpflichtet haben, die höchsten Verpflichtungen zu erfüllen, und als dann der Abgeordnete Bebel durch weitere Zensuren überführt wurde, daß er es mit der Wahrheit nicht so genau genommen hatte, hatte die nationalliberale Fraktion ihre Konsequenzen daraus gezogen. Bebel hat seit dieser Zeit den Reichstag gar nicht mehr oder nur selten besucht; dies sei wohl auch erklärlich, wenn ein so alter Parlamentarier der Unwahrheit überführt wird.

Die Reden sind, daß Bebel sofort das Schöffische Mandat im Reichstage richtig gestellt hat, und daß es eine unerhörte Dreistigkeit ist, von einer Unwahrheit des Herrn Bebel zu reden. Die Dreistigkeit wird aber zur Gemeinheit, wenn der nationalliberale Parlamentsredner sagt, Bebel habe sich wegen der Schöffischen Behauptungen

nicht mehr im Reichstage sehen lassen. Es ist allgemein bekannt, daß Gen. Bebel wegen schwerer Erkrankungen in seiner Familie fast während der ganzen letzten Reichstagsession in Zürich weilte, wo er sich noch gegenwärtig aus demselben Grunde aufhält. Die nationalliberale Partei hat alle Ursache, diesen Herrn Schulenburg, der gegen unsern Genossen Bebel noch ein junger Mann ist und der erst zeigen soll, was für eine politische Leuchte aus ihm wird, zu Ordnung zu weisen.

Vom badischen Kampffeld.

Die Vorgänge in der Sonnabend-Sitzung der zweiten Kammer zu Karlsruhe werden vielfach besprochen. Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Böhm hat der Sozialdemokratie den Fehhandschuh hingeworfen, wie es feindseliger kein Minister in der Zeit vor der Grobblock-Mehrheit tat. Dazu war die Veranlassung bagatelhaftig: 1500 Mark Staatsbeitrag zur Ausbildung von Vorturnern. Erbeten waren sie allerdings von der patriotischen Turnerorganisation. Es war eine Sache des Taktes, daß auch hier die bürgerliche Linke mit der Sozialdemokratie forderte, es möchten mit dieser Kleinigkeit ärarischer Subvention an die Turnerei alle Vorturner, auch jene der Arbeitererschaft, beglückt werden. Die Ablehnung der Forderung durch die Grobblockmehrheit der zweiten Kammer wegen der Einseitigkeit des Zwecks war daher keine besondere Tat.

Der Minister hatte aber die Gelegenheit benutzt, um der Sozialdemokratie zu erklären, daß der badische Staat jede Unterstützung der Arbeitervereine verweigert, die außerhalb der Disziplin der heutigen Gesellschaftsordnung zu stehen verdächtig sind. Neben den Turnvereinen auch die Gesangvereine. Wie wir der frohlockenden Zentrumsprelle entnehmen, erklärte der als „jungliberal“ deklarierte Minister Böhm, daß er keinem Lehrer gestatten würde, in einem sozialdemokratischen Arbeiterverein Unterricht zu erteilen! Das ist eine Verächtlichmachung des bisherigen Entgegenkommens, nach welchem viele badische Volksschullehrer ohne Bedenken die Gesangvereine des badischen Arbeiterbundes im Lieber heranzubilden durften. Und dieser Dr. Böhm wurde vor einem Jahre bei seinem Erscheinen im neugegründeten Unterrichtsministerium von der Linken-Preße als ein Mann des dulsamen Fortschritts begrüßt!

Eine nationalliberale Preßkundgebung bedauert, daß diese „an sich harmlose Angelegenheit“ derart auf das politische Gebiet gerückt wurde, daß dadurch die Verbitte- rung in sozialdemokratischen Kreisen vermehrt werde, während es der Regierung auch eine Befriedigung hätte gewähren müssen, wie der Abgeordnete Dr. Frank hochbedeutend die Stellung der Sozialdemokratie zum Staate erklärte. Das wäre „das volle Bekenntnis zum Grundgedanken des Revisionismus, zu den Gedanken aber auch, die die nationalliberalen Führer seit Jahr und Tag predigen.“

Die nationalliberalen Gedanken versagten aber sofort, als dann derselbe Minister 15000 Mark forderte zur Unterstützung der hurratriotischen Jugendorganisationen. In diesem Moment versagte die bürgerliche Opposition und der liberale Block half sich aus der Verlegenheit eines konsequenten Verhaltens durch die feige Deduktion hinter einer Resolution, die über die Verwendung der 15000 Mark in einer etwas allgemeineren Weise später Rechenschaft fordert.

Das liberale Wahlabkommen in Württemberg.

Das liberale Wahlabkommen für die württembergischen Landtagswahlen ist nun perfekt und wird jetzt veröffentlicht. Von den 69 Wahlbezirken des Landes sind 65 in das Abkommen einbezogen. In 35 Bezirken stellt die Volkspartei den Kandidaten, der von den Nationalliberalen unterstützt wird. In 41 Bezirken werden nationalliberale Kandidaten aufgestellt, denen die volksparteiliche Unterstützung zugesichert wird. Für 3 Bezirke wurde eine Einigung nicht erzielt. In einem Bezirk unterstützen die Nationalliberalen gemäß einer bei der Reichstagswahl gegebenen Zusage den bündlerischen Kandidaten. Dieser Wahlvertrag soll auch für den zweiten Wahlgang gelten. Falls aber eine der beiden Parteien im zweiten Wahlgang ihren Kandidaten zurückzieht oder nicht ernstlich für ihn kämpft, haben beide Parteien in diesen Bezirken im zweiten Wahlgang freie Hand. Für die Proportionalwahl ist eine Verbindung der Listen beider Parteien in Aussicht genommen.

Kommentare der nationalliberalen Presse legen den stärkeren Nachdruck auf die Errichtung einer gemeinsamen Front gegen die Sozialdemokratie, die gefährlicher denn je hervortritt und nur durch ein Zusammengehen der freiheitlichen bürgerlichen Parteien wirksam bekämpft werden könne. Der „Schwäbische Merkur“ kann sein Bedauern nicht unterdrücken über den hermetischen Verschluß des Bündnisses gegen rechts. Er hofft, daß die Nationalliberalen wenigstens im zweiten Wahlgang Gelegenheit finden, mit den Bündlern zusammenzugehen. Die volksparteilichen Kommentare sind dagegen besonders damit zufrieden, daß eine scharfe Grenzlinie gezogen sei.

Österreich-Ungarn.

Neue Heeresforderungen in Österreich-Ungarn. Am Montag und Dienstag fanden in Wien lange Konferenzen der österreichischen und ungarischen Minister statt. Kriegsminister v. Auffenberg erstattete ausführlichen Bericht über die außerordentlichen Neuforderungen der Heeresverwaltung, die hauptsächlich dadurch entstanden sind, daß die Notwendigkeit der Umbe- waffnung der gesamten österreichisch-ungarischen Artillerie mit neuen Stahlkanonen nicht mehr abzuweisen ist, ferner durch die Fürsorge für das neue Unteroffizierskorps sowie durch Anschaffung von Luftfahrzeugen und Luftschiffhallen. Der Minister des Auswärtigen Graf Berchtold hielt hierauf eine aufsehenerregende Rede, worin er die Darlegungen des Kriegsministers durch den Hinweis auf die sehr schwierige internationale Lage unterstützte. Der Minister sagte, daß jeden Augenblick auf dem Balkan Verwicklungen entstehen könnten und daß die politische Lage im nahen Orient so ungewiß sei, daß man von heute auf morgen mit der Möglichkeit sei erweiter Verwicklungen rechnen müsse, so daß die Forde-

rungen der militärischen Faktoren im Interesse der Monarchie liegen und demgemäß unbedingt unterstützt werden müssen. Der ungarische Ministerpräsident und der ungarische Finanzminister machten Schwierigkeiten wegen der finanziellen Deckungen. Sie erklärten sich jedoch bereit, außer den unvermeidlichen Ausgabe- steigerungen der Heeres- und Marineverwaltung auch noch einen außerordentlichen Kredit von rund 30 Millionen Kronen für dieses Jahr zu bewilligen. Hierauf wurde eine vollständige Einigung erzielt. Es hat den Anschein, als ob den Forderungen der Heeres- verwaltung in vollem Maße Rechnung getragen würde — wenn die ungarischen Verhältnisse nicht einen Strich durch die Rechnung machen! Mitglieber der ungarischen Regierungspartei erklären die Neuforderungen des Kriegs- ministers als bedenkliche Komplikationen der politischen Lage. Es sei geradezu unverantwortlich, daß man mit dieser Forderung hervortrete, noch ehe die neuen Verhält- nisse sich eingelebt haben und der Friede zwischen Majorität und Opposition zustande gekommen sei.

Portugal.

Die Gegenrevolution scheint gescheitert zu sein. Im Norden haben die republikanischen Truppen überall Erfolg gehabt, bis auf den Ort Cabaceiras de Basto, wo sie so starken Widerstand fanden, daß ein Regiment zur Belagerung der monarchistischen Gemeinde bestimmt werden mußte. In Lissabon scheint die Stimmung republikanisch zu sein.

Amerika.

Das Ende der Republik Panama. Auf Grund angeblicher Wahlbestechungen, die der jetzigen verchwenderisch wirtschaftenden Regierung die Herrschaft bis 1916 sichern würden, fordern hervorragende Bürger der Republik Panama die Vereinigten Staaten auf, einen amerikanischen Kontrolleur der Finanz- verwaltung und einen amerikanischen Polizeichef einzusetzen. Sie verlangen zugleich ein neues Wahlgesetz. Die Verwirklichung der Wünsche würde die Existenz Panamas als selbständigen Staat beenden.

Somit verläuft alles programmgemäß. Als die Yankees ernstlich den Plan zu erwägen begannen, den Panamakanal zu bauen, veranstalteten sie durch Leute, die für Geld und gute Worte, namentlich aber für ersteres, stets zu haben sind, einen Aufstand gegen die Regierung von Columbien, wozu das Panamagebiet bis dahin gehörte. Natürlich glückte die „Revolution“, weil sie reichlich genug subventioniert wurde, und das ehemalige Departement Panama konstituierte sich als unabhängige Republik. Das erste war nun, daß ein Streifen Landes an beiden Seiten des künftigen Kanals den Yankees überlassen wurde. Aber schon damals mußte man, daß in einigen Jahren, noch vor Vollendung des Kanals, die Republik unter amerikanischer Herrschaft kommen werde. Jetzt wird die letzte Formalität erledigt und die „friedliche Angliederung“ vollzogen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 11. Juli.

Achtung! Die Gewerkschaftsvorstände werden ersucht, die Festarten zum Gewerkschaftsfest am Freitag und Sonnabend dieser Woche, abends zwischen 8 und 9 Uhr im Gewerkschaftshaus in Empfang zu nehmen.

Achtung, Steuerleute und Maschinisten! Die Travensdampfschiffahrts-Gesellschaft (Inhaber Frühlück) sucht in der bürgerlichen Presse und auf privatem Wege Steuerleute und Maschinisten. Sie bedient sich hierbei der Annoncen-Expedition von H. Wötcher, Königstraße 71. Wir machen darauf aufmerksam, daß zwischen den Steuerleuten und Maschinisten sowie der Firma Lohnbifferenzen bestehen, die insolge man- gelnden Entgegenkommens seitens der Firma noch nicht erledigt sind. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Steuermannes und Maschinisten, bis auf weiteres bei dieser Firma kein Arbeitsangebot anzunehmen.

Die Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung am kommenden Montag ist folgende: Anträge des Senates: 1. Änderung des Bebauungsplanes für die innere Stadt bei der Einmündung des Fünfhäufens in die Mengstraße. 2. Antrag, betreffend Ankauf des Grundstücks Mengstraße Nr. 18 und Fünfhäufen Nr. 30. 3. Erlaß eines Gesetzes, betr. die Bebauung des auf dem Privatwall an der Mecklenburger Landstraße belegenen Geländes. 4. Nachbewilligung von 32000 Mk. für das Stadttheater. 5. Abänderung der Bekanntmachung vom 19. März 1877, die Beihilfe des Staates zu den Kosten der Armenunterstützung für Forstarbeiter und Angehörige derselben betreffend.

Abgelehnt. Die Witwe Willnauer hatte ihr Mengstraße 18 und Fünfhäufen 30 belegenes Grundstück dem Staat zum Preise von 95000 Mk. zum Kauf angeboten. Finanzdepartement und Senat wollten das Kaufgebot annehmen, der Bürgerausschuß machte ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung. Nach einer Kommissionsberatung lehnte er es ab, den diesbezüglichen Senatsantrag der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen, weil ihm der Kaufpreis zu hoch erschien. Darauf hat die Besitzerin 50000 Mk. vom Kaufpreis abgelassen, aber auch hierfür war der Bürgeraus- schuß geltend nicht zu haben. Er lehnte auch diesen Senats- antrag ab, weil auch 90000 Mk. ihm noch zu hoch erschienen. Nun will der Senat am Montag sein Glück bei der Bürgerschaft versuchen. Vielleicht hofft er, daß diese in der Volks- festimmung den Antrag schluckt. Jedenfalls wird der Senat auch hier abblitzen.

Von unserem Hoftheater. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß unser Stadttheater, wie von wirklichen Kennern der Verhältnisse vorausgesagt wurde, auch im Spiel- jahr 1911/12 mit einem großen Defizit abschließt. Dasselbe beläuft sich auf „nur“ 35210,82 Mk. Der Senat hat sich nach seiner Angabe auf Grund der Darlegungen der Behörde davon überzeugt, daß dieser erhebliche Fehlbetrag vornehm- lich durch die besonders ungünstigen Verhältnisse des letzten Spieljahres verursacht worden ist. Er muß indes, so sagt er, in seinen Antrag, Bedenken tragen, den ganzen Fehlbetrag auf die Staatskasse zu übernehmen, hält es vielmehr für aus- gemessen, daß auch der Theaterdirektor selbst, wenn auch nur in geringem Maße, zu seiner Deckung beitrage; dieser Beitrag wird auf etwa 1200 Mk. zu bemessen sein. Der Theaterdirektor ist hiermit einverstanden. Daraufhin forderte er eine Nachbewilligung von 32000 Mk., die der Bürgeraus- schuß gestern auch der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfahl. — Weiter bewilligte der Bürgerausschuß gestern zur Vollerfüllung des Gehalts im dritten Rang — pardon! in den ersten Reihen des Balkons 1. Rang und im Speerplatz

1724 Nr. Die Herrschaften dürfen auch nicht zu hart sein. Ob jetzt wohl diese Plätze besser besetzt sein werden als bisher??

Aus dem Krempelsdorfer Park. Durch den letzten hohen Grundwasserstand im Park beim Herrenhaus in Krempelsdorf, der durch eine Vernachlässigung in der Unterhaltung der Gräben und ihre dadurch hervorgerufene Verwitterung entstanden ist, wird der wertvolle Baumbestand sehr gefährdet. Um dem Wüsten der Bäume wirksam begegnen zu können, ist eine Tieferlegung des Wasserspiegels um etwa 30 bis 70 cm und eine Senkung des Wasserspiegels in den Teichen und Gräben des Parks um etwa 40 cm erforderlich. Dadurch wird erreicht, daß der unter dem Einfluß des Grundwassers entstehenden Verwitterung des Bodens durch die Zufuhr von Sauerstoff der Luft entgegengewirkt wird und für den Baumbestand solche Bodenverhältnisse geschaffen werden, die der Wurzelfaule entgegenarbeiten und die Bildung neuer gesunder Wurzeln fördern. Die Kosten der Senkung des Wasserspiegels des Flutgrabens und der Tieferlegung des Wasserspiegels der Teiche und Gräben im Park betragen 2500 Mk. Die in Frage kommenden Anlieger am Flutgraben haben sich mit der Senkung des Wasserspiegels einverstanden erklärt. Der Senat ist mit der Baudeputation der Ansicht, daß man alles tun muß, um den schönen Baumbestand des Krempelsdorfer Parks, der künftig den Grundstock einer größeren Anlage bilden wird, zu erhalten. Der Senat stellt daher nach Anhörung des Finanzdepartements zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß der Baudeputation für die Änderung des Flutgrabens und die Senkung des Wasserspiegels in den Teichen und Gräben des Parks beim Herrenhaus in Krempelsdorf der Betrag von 2500 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, zur Verfügung gestellt werde. Der Bürgerausschuß erteilte die beantragte Mitgenehmigung.

Bebauung des Brivalls. Der Bürgerausschuß empfahl gestern einen Gesetzentwurf, betr. Bebauung des auf dem Brivall an der Mecklenburger Landstraße belegenen Geländes der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung.

Verkauf des Pfarrhans. Der Kirchenrat hat dem Senat beschworene eine Eingabe des Vorstandes der St. Petri-Kirchengemeinde vorgelegt, mit der dieser um die Genehmigung dazu nachgesucht hat, daß der Gemeinde gehörige Pfarrhaus Große Petersgrube Nr. 27 an den Tischlermeister Johannes Weimann zum Preise von 10 000 Mk. zu verkaufen. Der Kirchengemeindevorstand hat den Verkauf beschlossen, da das Haus wegen der ihm anhaftenden Mängel — es ist vom Schwamm befallen und leidet unter dem vom Nachbarhause ausgehenden Lärm — als Wohnung für einen Geistlichen nicht mehr dienen kann. Der Bürgerausschuß stimmte einem diesbezüglichen Senatsantrag zu.

Zum Volksfest erläßt das Polizeiamt folgende Bestimmungen: Für Sonntag, den 14. Juli ds. Js. erläßt das Polizeiamt auf Grund der §§ 55 a und 105 b Abs. 2 und 105 e Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung für den Handelsverkehr in der Stadt und den Vorstädten die nachstehenden Anordnungen: 1. Auf dem Festplatz ist das Feilbieten von Backwaren, Obst und sonstigen Lebensmitteln, von Blumen, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungsscheinen und ähnlichen Gegenständen von mittags 12 Uhr an gestattet. 2. In der Stadt und den Vorstädten außerhalb des Festplatzes ist der Gewerbebetrieb nur während der üblichen sonntäglichen Verkaufszeit gestattet. — Der Verkauf und die Benutzung von Konfetti, Pfauenfedern, Federbüscheln (Abstäubern), Schlagfächern, Lärmenblasinstrumenten, hölzernen Knarren, Wällen mit Gummirollen und anderen das Publikum belästigenden Gegenständen ist verboten. Übertretungen werden außer mit Entziehung des Erlaubnischeines mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Ausbeutung der Flieger. Die Presse veröffentlicht jetzt die Summen, die die Flieger im Nordmarkflug erhalten haben. Es sind ganz schöne Zahlen, die da genannt werden. Walterlein und Krüger haben je fast 20 000 Mark erhalten, Stöffler 16 400 Mk., Hartmann 15 400 Mk. Es dürfte kaum jemand geben, der den Fliegern diese Gewinne neiden wollte. Sie gelten als eine Ehrengabe für die Kühnheit, mit der jene Männer der Menschheit ein Ziel eroberten, nach dem schon seit Jahrtausenden die Hochgedanken des Menschengeschlechts getrebt haben. Diese Gewinne sind zugleich ein gewisses Entgelt für die Gefahren und die Opfer, die die Piloten auf sich nehmen. Noch immer sterben jährlich in Deutschland etwa zehn Flieger in ihrem Beruf und nicht die schlechtesten sind es, die als Opfer ihrer Begeisterung und ihres Mutes dahingehen. Natürlich ist auch zu berücksichtigen, daß nur die von besonderem Glück begünstigten Flieger so gute klingende Erfolge haben. Gar mancher geht leer aus, weil ihm der Motor den Dienst verweigert oder bei einer Landung auf ungenügendem Gelände der Apparat in Trümmer geht. Ein kleiner Zufall ist es oft, der die Hoffnung auf ersuchten Verdienst und Ruhm jääh vernichtet. Wer also Glück hat, dem ist auch der goldene Lohn wohl zu gönnen.

Aber die Flieger bekommen ihn nicht, es sei denn, sie sind „Herrenflieger“ mit eigenem Flugzeug. Die Projektierer unter den Fliegern aber werden genau so ausgebeutet vom Kapital, wie die übrigen Proleten, die täglich ihre Haut zu Markte tragen. Die Flugzeugfabriken streichen von den Preisen den weitaus größten Teil in die eigene Tasche. Es ist notwendig, in diesen Zeiten der Luftflottenbegeisterung einmal auf diese Tatsache hinzuweisen. Die deutschen Piloten, die sich in den Dienst der Flugzeugfabrikanten begeben, erhalten dort ganz elende Löhne. Es ist vorgekommen, daß Fliegern ganze 85 Mk. Monatslohn geboten wurden und lange Zeit sind Gehälter von 100 Mk. bis 150 Mark üblich gewesen. Dabei wurde einzelnen Fliegern sogar zugemutet, den Bruch zu bezahlen, den sie bei unglücklichen Flügen hatten. Von den Preisen bei Schaufflägen wurden den Fliegern 20 Proz. geboten, das übrige erhielt die Firma. Das geht nicht nur kleineren Lichtern unter den Fliegern so, sondern auch solchen, die sich einen Namen erworben haben. Als Pirih seinen Flug München—Berlin um den Kathreinerpreis von 50 000 Mk. ausführte, wurde in der Presse davon erzählt, daß er von den Komplexionen mit einer ganz geringen Summe abgepeist wurde. Das wurde natürlich dementiert, aber den ganzen wohlverdienten Preis hat er selbstverständlich nicht erhalten. Bei diesen Dingen muß berücksichtigt werden, daß diese Flieger doch nicht nur dazu engagiert sind, bei den Schaufflägen Reklame für die Werke zu machen. Sie haben vor allem auf den Werkflugplätzen die Flugschüler zu Piloten auszubilden und die neuen Apparate einzufliegen, eine mühselige, äußerst gefährliche Arbeit. Diese Verhältnisse haben endlich auch die Flieger selbst daran erinnert, daß sie in ihrer Sportsbegeisterung ihre wirtschaftlichen Interessen nicht ganz aus den Augen verlieren dürfen. Sie haben einen Verband der Flugzeugführer gebildet und sich verpflichtet, mindestens ein Gehalt von 300 Mk. und 30 pZt. über Preise bei Schaufflägen zu fordern. Ob diese Bedingungen überall erfüllt werden, ist recht zweifelhaft, da das verkehrte Renommieren mit den eigenen Erfolgen auch in der Schatzfrage bei den Fliegern noch zu üblich ist. Daß aber solche Forderungen aufgestellt werden müssen, ist schon bezeichnend genug.

Viele von denen, die jetzt etwas für die „Nationalflugpende“ geben, werden meinen, daß sie dann auch die Berufsfieger mit unterstützen, namentlich diejenigen, denen durch ein widriges Geschick größere Erfolge verlagert blieben. Davon ist auch schon gesprochen worden. Man wird abwarten müssen, was dabei herauskommt. Wenn der Schein nicht trügt, dann werden für die Flugpende Offiziersflieger ausgebildet und Flugzeuge gekauft werden. Die Flugzeugfabriken werden viel Geld verdienen und die Berufsfieger, die die aufopferungsvolle Pionierarbeit leisteten, werden leer ausgehen.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 10. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 21, Luft 14, morgens 10 Uhr: Wasser 21½, Luft 21; mittags 12 Uhr: Wasser 22, Luft 20; abends 6 Uhr: Wasser 22½, Luft 20 Grad Celsius.

Handelsregister. Am 9. Juli 1912 ist eingetragen 1. bei der Firma Lübecker Elmühle, Aktiengesellschaft (vormals G. E. A. Åsmus in Lübeck: Den Kaufleuten F. J. Ehler in Lübeck und M. Jacobson in Hamburg ist Gesamtprokura erteilt: bei der Firma Stanz- und Emaillewerke, vormals Carl Thiel u. Söhne, Aktien-Gesellschaft in Lübeck: Nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 28. Juni 1912 soll das Grundkapital um den Betrag von 200 000 Mk. erhöht werden. Die Kapitalerhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr 1 500 000 Mk. Die Erhöhung des Grundkapitals erfolgt durch Ausgabe von 200 neuen Inhaberkonten im Nennwert von je 1000 Mk. Der Ausgabekurs dieser Aktien ist auf 100 Proz. festgesetzt. In Gemäßheit der beschlossenen Grundkapitalerhöhung ist der § 3 des Gesellschaftsvertrages abgeändert.

pb. Wieder zwei Fahrrad Diebstähle. Am Dienstag, dem 9. d. M., in der Zeit von 7 bis 8 Uhr vormittags ist aus einem Hausflur in der Falkenstrasse ein Fahrrad Marke Grönher abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und gerade Lenkstange. An dem Vorderrad befindet sich eine Radlaufglocke. An dem Fahrrad war das vom Polizeiamt gelieferte Nummernschild 2267 angebracht gewesen. — Am 4. d. M. wurde ein Fahrrad Marke „Oyonia“ gestohlen, welches von seinem Besitzer vor dem Eingang des Hauptpostgebäudes hingestellt worden war. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. An dem Fahrrad befindet sich die Fabriknummer 100 949.

Schlutup. Die Mitgliederversammlung, die heute abend stattfinden sollte, muß wegen der Bürgerausschussung um eine Woche verschoben werden. Am nächsten Donnerstag abend 8 Uhr wird dann Genosse Dr. Schlomer über die Landgemeindeordnung für Schlutup und die Eingemeinderungsfragen sprechen. Wir ersuchen die Genossen, für diese Versammlung recht rege zu agitieren.

e. Stockelsdorf. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Stockelsdorf und Umgegend fand am Dienstag statt. Anwesend waren 57 Mitglieder. Aufgenommen wurden 5 Genossen und 3 Genossinnen. Die Abrechnung vom 2. Quartal 1912 ergab eine Einnahme von 568,84 Mk., eine Ausgabe von 470,99 Mk., mithin einen Bestand von 97,85 Mk. Zu Beginn des 2. Quartals 1912 hatte der Verein 416 Mitglieder, beigetreten sind 13, zusammen 429. Der Jahresbericht ergab: Einnahme 2362,88 Mk., Ausgabe 2264,60 Mk., mithin Bestand 97,85 Mk. Mitgliederbestand 1911: 380, davon 83 weibliche, 1912: 402, davon 81 weibliche, mithin mehr 24 männliche, weniger 2 weibliche. 12 000 Flugblätter sind verbreitet, davon 6000 zur Landtagswahl und 6000 zur Reichstagswahl, sowie 4000 „Landpost“ in 2 Agitationen. Am 30. Juni 1911 waren 285 „Volksboten“-Leser, am 1. Juli 1912 waren 308 „Volksboten“-Leser vorhanden. Die Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Kienfeld ergab folgendes Resultat: O. Nickel 48 Stimmen, Frau Evers 49 Stimmen, P. Stühr 27 Stimmen, G. Schröder 23 Stimmen. Gewählt sind die ersten drei. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Als Vertrauensperson für die weiblichen Mitglieder wurde Frau Evers wiedergewählt. Die Botenwahl ergab für Stockelsdorf: P. Stühr, Marienthal-Lohweg; Aug. Stühr, Fackenburg; W. Düwe, Ravensbusch und Varened; F. Möller, Moris-Steinrade, Gähorst und Wadendorf; Th. Böge. Als Bezirksführer wurden gewählt: Für Stockelsdorf: G. Schröder, Marienthal-Lohweg; Ravensbusch, Varened; Könnfeldt, Fackenburg; W. Düwe. Moris-Steinrade; August Stühr, Gähorst; C. Meier. Landbezirke: Ahrensbütt, Kagan, Rehder und Hoff. Gniffau; G. Fick, Schwochel und Böbe; P. Stühr, Th. Fick und H. Süße. Lebag, Tankenrade und Gredenbagen; W. Drogge und W. Düwe. Kurau; Könnfeldt und Nickel. Nrdrade; P. Niß. Mönthagen im 9. Kreis; Aug. Vog. Ins Kartell wurden delegiert: O. Nickel, G. Schröder und Frau Evers, in die Preßkommission: G. Mathusen, C. Fick, P. Dornheim. Neoforen sind P. Martens, Aug. Stühr und P. Stühr. Im Verchiedenen wurde auf unsere Steuerverhältnisse aufmerksam gemacht; viele Personen haben bei der Anmeldung ihrer Verhältnisse nicht ihre Unterschrift gezeichnet. Hierauf erfolgte ein Bericht über unsere Presse. Die jetzige Austrägerin hatte bei ihrem Antritt 117 Volksboten, jetzt sind es 343 Abonnenten. Bei einer Anfrage beim Gastwirt Lübbe, ob er gewillt sei zu abonnieren, wurde die Antwort, er hätte keine Zeit zum Lesen. Er borgt sich aber gewöhnlich von seinem Rutscher, sowie der „Volksbote“ angelangt ist, die neueste Nummer; dann hat er seine Kosten davon. — Frau Evers brachte nochmals das Sommerfest der Frauen zum 28. Juli in Erinnerung.

W. Män. Sozialdemokratischer Verein. Parteigenossen! Umständehalber findet am Sonnabend, 13. Juli, abends 8 Uhr unsere Mitgliederversammlung statt. Die wichtige Tagesordnung erfordert sämtliche Mitglieder. Niemand fehle. Erscheinen ist Pflicht.

Hamburg. Das Sonnenbad auf dem Dache. Hier bei einem Kaufmann in der Neustadt angestellte junge Leute kamen auf die Idee, sich ohne irgendwelche Kosten ein Sonnenbad zu leisten. Sie entkleideten sich und traten in Adamskostüm aufs flache Dach ihres Hauses hinaus, wo sie sich nebeneinander hinlegten und von der heißen Mittags-sonne bestrahlt ließen. Die Jünglinge glaubten sich unbedachtet, doch hatte eine im Nachbarhaus bedienete Köchin die vier nackten Gestalten auf dem Dache liegen gesehen. Die Köchin, die erst kürzlich in einem Spiritisten-Verein als Zuhörerin war, wollte schon an Geister glauben, als sich die Jünglinge aufrichteten und in einen Kreis setzten, worauf sie ein Kartenpiel entrierten. Nun kannte die Wirtin der Köchin keine Grenzen mehr. Sie eilte zu ihrer Herrschaft, teilte dieser das Geschehene mit und verlangte, daß man sofort zur Verhaftung der frechen Jünglinge schreite, da sie sich sonst weiterzuarbeiten weigern würde. Der Hausherr trat vermittelnd dazwischen, mußte sich aber schließlich doch entschließen, auf das Dach des Hauses zu steigen und von dort aus die Nachbarn, die sich gerade wieder zur „Ruhe“ begeben hatten, zur schleunigen Entfernung und zum Ankleiden aufzufordern. Die Sonnenbadenden Jünglinge leisteten

dem höflichen Ersuchen des Nachbarn erst Folge, als sie vom hohen Olymp herab sahen, wie der Hausherr einen Schutzmann aussuchte.

Oldenburg. Zum Reichsvereinsgesetz. Kürzlich hatte das Landgericht Oldenburg den Rüstinger Parteisekretär Genossen Schulz von der Anklage, gegen § 8 des Reichsvereinsgesetzes verstoßen zu haben, freigesprochen. Er hatte sich geweigert, der Polizei die Mitgliederliste des Vorstandes des Sozialdemokratischen Wahlvereins und die Statuten zu überweisen. Gegen das freisprechende Urteil hatte der Staatsanwalt die Revision angemeldet, sie aber jetzt wieder zurückgezogen. Auch der Staatsanwalt scheint sich nunmehr zu der Ansicht durchgerungen zu haben, daß, wie der klare Vorklaut des § 8 des Reichsvereinsgesetzes besagt und wie auch das Landgericht annahm, eine Einreichung der Namen der Mitglieder des Vorstandes und der Satzungen bei politischen Vereinen schlechthin nur „nach Gründung“ des Vereins, d. h. also bei neugegründeten Vereinen, zu erfolgen hat, nicht aber bei solchen, die bereits vor Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes bestanden.

Genossenschaftsbewegung.

Nahrungsmittelfälschungen im großen. Daß die auf dem deutschen Lebensmittelmarkt gehandelten Waren in ihrer Beschaffenheit sehr oft vieles zu wünschen übrig lassen, ist bekannt. Trotzdem erschrickt man, wenn man von Zeit zu Zeit auf einwandfreie Feststellungen chemischer Laboratorien stößt, die uns darüber aufklären, was dem menschlichen Magen an fragwürdigen Nahrungsmitteln vielfach zugemutet wird. Die Frage verdient darum erörtert zu werden, wie weit die Gewissenlosigkeit in der Nahrungsmittelindustrie und im Kleinhandel gediehen ist. Mehrere Beiträge zu diesem Thema liefert eine Verhandlung vor dem Landgerichte zu Detmold vom 20. Juni. Ein Großhändler aus Lemgo war angeklagt, ein Ersatzprodukt für Kaffee vertrieben zu haben. Der Großhändler wurde wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil die Bezeichnung des Kaffee-Ersatzmittels nicht genügt haben sollte. Das Schöffengericht hatte ihn freigesprochen und dem Nahrungsmittelchemiker Dr. Ulrich aufgelegt, weil er grob fahrlässig gehandelt habe. Die Beschwerde gegen den letzteren Beschluß beim Landgerichte wird vermutlich zur Aufhebung des Beschlusses führen. Interessant ist diese Angelegenheit war die Verhandlung gegen den Großhändler und gegen den Redakteur der „Lippischen Post“ wegen Verleumdung des genannten Nahrungsmittelchemikers. Dr. Ulrich übt seit einem Jahr in einer Anzahl von Gemeinden die Nahrungsmittelkontrolle aus mit dem Erfolge, daß er bis 50 Proz. der untersuchten Warenproben beanstandete. In der genannten Zeitung wurde der Chemiker als unfähiger Mensch behandelt. Die Strafkammer verurteilte die Angeklagten zu je 100 Mk. Geldstrafe. Aus dem Plädoyer des Staatsanwalts verdienen einige Ausführungen hervorgehoben zu werden, wobei wir uns auf einige wenige Punkte beschränken. Der Staatsanwalt erklärte:

„Was liegen denn gegen Herrn Dr. Ulrich für Tatsachen vor? Es wird geltend gemacht, daß er polierten Reis beanstandet habe. Aber nach der Auskunft des Reichsgesundheitsamts ist das Falten des Reises üblich und unerwünscht; wenn es gleichwohl zugelassen wird, geschieht es unter dem Drucke der ausländischen Konkurrenz. Danach hat Dr. Ulrich sich vollkommen im Rahmen des Gesetzes bewegt, und die Bremer Reismühlen setzen sich eben mit dem Reichsgesundheitsamt in Widerspruch.“

Über die Praktiken bei der Herstellung von Teigwaren unterrichten die folgenden Ausführungen des Staatsanwalts:

„Drittens wird ihm vorgeworfen, daß er Eiermehl, die in Wirklichkeit gar keine Eiermehl waren, beanstandet habe. Aber er konnte hier der Ansicht sein, daß das keine Eiermehl waren, denn er sagt: Eiermehl sind solche, bei denen mindestens zwei Eier auf ein Pfund Mehl kommen, und das sagen die sämtlichen bekannteren Chemiker. Einer der Teigwarenfabrikanten sagt darüber anders. Gewiß, der hat ein Interesse daran, dem Publikum etwas anderes als Eiermehl darzubieten, und es ist selbstverständlich, daß er sich an die Meinung der Chemiker nicht gefehrt hat. Aber das ist der Standpunkt des Herrn, der da sagt: Was geht mich das an, was die Chemiker sagen — ich gehe meine eigenen Wege, und das Publikum mag entseßen, was es will, das ist einerlei — mir verkaufen das eben als Eiermehl, und wenn darin auch gar keine Eier sind. Und wenn Dr. Ulrich sich demgegenüber auf den Standpunkt der Gesundheit des Publikums stellt und auf den der Chemiker, daß also die Industrie nicht dazu da ist, sich zu bereichern, sondern in erster Linie dazu, dem Volk eine gute Ernährung zu ermöglichen, dann muß man ihm recht geben.“

Es mag sein, daß bei genauerer Prüfung nicht alle Beanstandungen des Chemikers aufrecht erhalten werden können. Aber darüber wird die Angelegenheit nicht hinwegtäuschen, daß der Chemiker in verhältnismäßig kurzer Zeit eine geradezu ungeheure Menge von Nahrungsmittelfälschungen entdeckte. Nahrungsmittelfälschungen immer so festzustellen, daß den Urhebern dieser Fälschungen das profitabile Handwerk gelegt wird, ist in manchen Fällen sehr schwer. Hier erwähnt der Selbsthilfe der Konsumenten eine äußerst wichtige Aufgabe. Der organisierte Konsument steht von jeher auf dem Standpunkte, Waren von nur einwandfreier Beschaffenheit zu vermitteln. Die Konsumentenvereine können bei Strafe des Niederganges diese leider so oft vorkommenden Nahrungsmittelfälschungen nicht mitmachen. Sie haben sich längst Einrichtungen geschaffen, die es ermöglichen, die Nahrungsmittel, bevor sie zur Verteilung gelangen, auf ihre Beschaffenheit zu prüfen. Das alles in Erwägung gezogen, müßte alle noch abseits stehenden Konsumenten veranlassen, sich den schon organisierten Konsumenten anzuschließen. Jedenfalls gewinnen sie dadurch die größte Sicherheit vor Übertreibungen durch Fälschungen und Betrug.

Schiffsnachrichten.

D. „Africa“ ist Dienstag nachmittag in Wiborg angekommen.
D. „Dora“ kam gestern in Memel an.
D. „Zar“ ist gestern früh in Kronstadt und D. „Agga“ zur selben Zeit in Reval angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Steiling.
Belegter: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

**Besucht junge Mädchen
oder Frauen (1898)
im Wurstpavillon.**

Zu melden auf dem Festplatz
eines Halberstädter Wursthalle.
Zum 1. Oktober oder früher eine
abgeschl. Parterre-Wohnung, enth.
Zimmer, Korridor, Küche, Keller,
Joden, zu vermieten.
898) Näh. Kollf 18. III.

Willig zu verkaufen eine Sport-
arre und ein photogr. Apparat,
X12 mit Zubehör.
892) Klappenstraße 8.

Fahrräder 30 Stück von 15 Mk.
an, 2 Damen-Räder
Mädchen-Rad, alle spottbillig.
890) Langet Kohberg 66.

Habe meinen Wohnsitz von Lübeck,
Ludwigstraße 58, nach Seeruck ver-
legt. Wohnung: Gastwirtschaft
am Kreuzweg. (1889)

Johannes Lüth,
Maurer.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohnl. 10
Markt 4

Sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. N. a.:
Leberhosen 2.20-6.45
Maurerhosen 2.60-6.75
Schlofferhosen 1.88-5.25
Überziehhosen 1.08-2.35
Zwirn-Hosen 1.68-3.25
Leinene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Kagen, Hemden, Schlachter-
jacken, Reizeurjacken, Malermäntel
ersichtlich billig. Mützen von 30
Pfg. bis 1.88 Mk. Note Lübeck.

Käse-Lager Huxstraße 83/85
Eine Partie Tilsiter, halbfett
Preis 20 und 30 Pfg. (1900)

Junge Kartoffeln
gelbe lange, 1 Pfund 8 Pfg.,
0 Pfund 70 Pfg., 100 Pfd. 6 Mk.
im H. Rest Futterkartoffeln. (1894)
C. Heese, Meierstraße 26.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

billigste Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmerinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Jede rote Lübeck-Rabattmarken.

Empfehlungskarten
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Käse-Lager, Schlumacherstraße 12. (1900)
Rahmkäse } per Pfund 70 bis 80 Pfg.
Schweizer Käse }
Tilsiter Vollfettkäse } per Pfund 60 Pfg.
Tilsiter Käse } per Pfund 20 Pfg.

J. Meier, Fahrradhandlung,
Arnimstraße 12a, vor dem Burgtor
kann man nur billiger (1902)
erstklassige Räder und Zubehörteile.
Reparaturen werden fachgemäß und billig ausgeführt.

Schuhwaren
Sobien eingetroffen:
Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel Rindbox
Prima Ware - breite Form
Größe 27-30 4.90 Mark, Größe 31-35 5.75 Mark.
Damen-Schnürstiefel Boxcall u. Chevreauz
6.50 7.75 8.- 10.25 Mark.
Herren-Schnür-, Zug- und Schnallenstiefel
1904) von 7.75 Mk. an in besseren Lederarten.
Turnschuhe u. Sandalen, billig.
H. Beckmann, Reiferstraße 3.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei - Buchhandlung
Johannisstraße 46 = LÜBECK = Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung
von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

**Herstellung sämtlicher
Buchdruckarbeiten**
in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.
Solide Preise. - Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung
von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Einsiedelfähre.

Der Betrieb der Fähre dauert
von Sonntag, dem 1. Volksfesttage
von morgens 5 Uhr bis Dienstag
abend 10 Uhr munterbrochen fort
Hochachtungsvoll
Gustav Wulff. (1907)

JOHANNES HOLST
Kohlmarkt 6 und Markt 6.
Spezialit.: Arbeitergarderoben.
Meine Hauptpreislisten sind:
gefrt. Leder-Hosen 2.45 2.95 3.65
4.- 4.75
blaue Bilor-Hosen 2.45 2.95 3.35
3.85 4.45 5.20 5.95
Pilot-Schnitt-Hosen 4.85
Schleierhosen 1.40 1.78 2.40
Schloffer-Jacken 1.50 1.95
2.40
Manchester-Hosen 4.85 5.50
6.95 8.75
Manchester-Schnitt-Hosen von
M. Masberg 8.00
Maurer- u. Zimmerer-Hosen von
M. Masberg zu Original-Preisen.
Kagen 1.28 1.48 1.75 1.95 2.25
einzelne Westen in Buchskin,
Zwirn, Leder und Manchester
1.95 2.10 2.25 2.35 2.65 3.00
Mützen 30 55 58 75 88 100
blaue Jagdklub-Mützen 78 88
110 125 135 188 200
mit echtem Lederhörn
1.25 1.75 2.00
Maurerhosen Paar 45 50 Pfg.

Achtung Radfahrer!
Während des Volks-
festes werden Fahrräder etc.
unter Garantie aufbewahrt.
Stand rechts beim Eingang
des Festplatzes. (1882)

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend die er-
gebene Mitteilung, daß ich

Marlstraße 21c, Ecke Werderstraße
ein **Schuhwarengeschäft**

eröffnet habe. Durch Verbindung mit erstklassigen Fabrikanten und
Einkauf gegen Kasse bin ich in der Lage, reelle und gute Waren
zu billigen Preisen zu liefern und bitte ich mein Unternehmen
gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
J. Mussfeldt
Arnimstraße 2b. Marlstraße 21c.
NB. Werkstatt für gute Maß- und Reparatur-Arbeiten. (1901)

Deutsch. Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Einladung zum
Sommer-Fest**

bestehend aus
Konzert, Preisschießen, sowie Damen- und Kinderbelustigungen
mit nachfolgendem Ball
am Sonntag, dem 28. Juli 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisst. 50-52.
Anfang nachmittags 4 Uhr.
Herren-Karte 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee. (1887)

Brauerei Walkmühle
Zum Volksfeste

empfehle einem geehrten Publikum mein beliebtes
helles Kaiserbier
welches in mehreren Zelten und Restaurants in
feinster Qualität zum Ausschank gelangt.
Hochachtungsvoll
H. Lück. (1895)

Zigarren 1898

nur Qualität, in Kisten von 3.50 Mk.
an erhalten Sie in der Spezial-
Zigarren-Abteilung von
Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59.
Empfehle besonders „Felix Brasil“
in 5, 6, 7, 8 u. 10 Pfg.-Preislagen.
Neue hier. Kartoffeln 1898
1 Pfd. 7 u. 9 Pfg., 3 Pfd. 20 u. 25 Pfg.,
Beckergrube 92 u. Gneisenaufstr. 4.

Marie Schmidt
Lübeck

Moislinger Allee 2c.
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Herren-Wäsche, Krawatten
Regenschirme etc.
Weißstickerei. (1908)

**Gesangverein
„Eintracht“.**

General-Versammlung
am Donnerstag, dem 18. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1912.
2. Bogelschießen.
3. Verschiedenes.
1898) Der Vorstand.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlstelle Lübeck.

Die am Freitag, dem
12. Juli fällige Mitglieder-
Versammlung fällt aus.
1897) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.

Dir. R. Gollbach. Anf. 8 1/2 Uhr.
Gastspiel des
Kleinen Theaters
aus München.
Dir. Dr. Gust. Quedensfeldt.
Die weiße Woche.
Operette in 1 Akt.
Wennder Vater m. dem Sohne
Schwank in 1 Akt.
Cousin Pampoulette.
Barthanna-Ginafter. (1908)
und erstklassige Solis.

Der weibliche Detektiv.

Das Landgericht in Darmstadt verhandelte seit einigen Wochen einen sich in epischer Breite hinziehenden Sensationsprozeß, der jedoch ziemlich langweilig wurde und nunmehr beendet ist.

Auf der Anklagebank saß ein Herr Hirsch, der Redakteur eines Mainzer bürgerlichen Blattes. Herr Hirsch war seinerzeit in Mainz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er die Polizeiaffistentin Schapiro in Mainz beleidigt haben sollte. Hirsch hatte zuerst einen Artikel gebracht, der die Tätigkeit der Polizeiaffistentin lobte. Er war aber hierauf von einer Seite, die er für glaubwürdig halten mußte, darüber aufgeklärt worden, daß die Polizeiaffistentin mit ihrem Ueberseher auch viel Unheil anrichte und ihre Nase in Dinge stecke, die sie nichts angingen. Hirsch schwankte jetzt um und griff neben der Polizeiaffistentin auch den beigeordneten Berndt scharf an. Da sich herausstellte, daß Hirsch in gutem Glauben gehandelt hatte, und daß tatsächlich genug polizeiliche Uebergriffe und Ungeheuerlichkeiten in Mainz vorgekommen sind, mußte man das Urteil als drakonisch bezeichnen. Die Presse kann das Recht beanspruchen, polizeiliche Mißstände, unter denen die ganze Stadt zu leiden hat, öffentlich zu kritisieren und zu geißeln. Wenn ihr dabei Irrtümer unterlaufen, so darf das nicht gleich mit drakonischen Strafen geahndet werden.

Der Revision, die Hirsch beim Reichsgericht anregte, wurde stattgegeben. Der Prozeß ging zur nochmaligen Verhandlung an ein anderes Landgericht, an das in Darmstadt, zurück.

Wohl sah Hirsch als einziger Angeklagter auf der Verbrecherbank. In Wahrheit aber ist die Mainzer Polizei die Angeklagte. Und wenn man weiter der Sache auf den Grund geht, war auch die Polizei nicht die Hauptschuldige. Hauptangeklagter ist das Mainzer Offizierkorps, dessen starke Nachfrage nach willigem Weiberfleisch in dem Prozesse anerkannter Weise ohne Verhüllung fast täglich öffentlich festgestellt wurde.

Wenn man Mainz nur aus den Prozeßberichten kannte, müßte man es eine Hurenfestung nennen und für den Hauptmarkt käuflicher Liebe halten. In Wirklichkeit ist die Sache nicht so schlimm. Den Mainzern fehlt jede Spur norddeutscher Heuchelei, man kann der goldenen Moguntia bis ins Herz sehen. Sie macht aus ihren Sünden kein Geheimnis. Aber es geht auf den Straßen der alten Festungsstadt verhältnismäßig anständig zu. Es gibt keine Straße in Mainz, auf der sich die Prostituierten so ungeniert herumtreiben, wie auf der Friedrichstraße in Berlin. Der Mainzer Bouffierbummel auf dem Schillerplatz während der täglichen Parolemusik ist durchaus sauber und anständig. Die öffentlichen Häuser im sogenannten Kappelhof werden stark frequentiert, aber am meisten wohl von den Fremden. Wenn man die norddeutschen Großstädte so unter die Lupe nehmen würde, wie es dem goldenen Mainz im Schapiro-Prozeß widerfahren ist, dann würde noch ein ganz anderer Sumpf an das Tageslicht kommen.

Früher begnügte man sich in Mainz mit der veralteten polizeilichen Kontrolle und machte die Augen zu, um nicht alles zu sehen. Dann wurde jedoch mit Frau Schapiro eine Polizeiaffistentin angestellt, die ihre Tätigkeit hauptsächlich den Prostituierten widmen und auch versuchen

sollte, sie von ihrem traurigen Handwerke abzubringen. Man kann nicht leugnen, daß Frau Schapiro zuerst eine glückliche Hand hatte. Sie sah den Vordellbesitzern, die ja bekanntlich die schlimmsten Ausbeuter der Prostituierten sind, scharf auf die Finger. Sie sorgte dafür, daß die Mädchen aus der Schuldklaverei, in der sie die Hurenhausagrarien hielten, befreit wurden, und wachte darüber, daß sie nicht wieder hineingerieten. Damit zog sie sich den furchtbaren Haß jener würdigen Hausagrarien zu, deren Geschäfte jetzt nicht mehr so profitabel war, wie früher. Auch ein Helm für Prostituierte richtete sie ein, in dem solche Mädchen Unterkunft fanden, die sich wieder einem ehrbaren Beruf zuwenden wollten.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Polizeiaffistentin sich in vielen Punkten bewährte. Aber auf dem alten Boden der herkömmlichen Polizeipraxis kann nun einmal nichts Gutes gedeihen. Frau Schapiro wurde zur Detektivin, sie legte sich aufs Spitzeln und mischte sich in das Privatleben aller möglichen Leute ein, die sie nichts angingen. Sie war der Schrecken aller Liebespärchen und der gefürchtete Störenfried süßer Schäferstündchen. Überall witterte sie angehende Prostituierte und pirschte sogar mit einem Polizeihund auf sie. In ihrem Ueberseher passierten ihr eine Menge von Fehlgriffen. Sie bedrohte Mädchen, um sie einzuschüchtern, mit ärztlicher Untersuchung. Sie soll, nach einer Aussage ihres früheren Adjutanten, des Polizeiaspiranten Bruder, mit diesem, der als Schlachterburche verkleidet war, während sie als Dienstmädchen ging, die Anlagen nach Liebespärchen abgestreift haben. Auch gab sie sich dazu her, die Geliebte eines Offiziers und diesen selbst zu bespitzeln, weil ihr die Mutter des leichlebigen Herrn über dessen große Geldausgaben geklagt hatte. Kurz, wie ein Säuer überall weiße Mäuse sieht, so sah sie in jedem lebenslustigen Mädchen die angehende Hure, in jedem Verhältnis ein schmutziges.

Ramenilich hatte sie es auf die Offiziere abgesehen. Ein Mädchen, das mit einem Offizier verkehrte, kam sofort auf ihre schwarze Liste. Und wirklich mußten es, nach Frau Schapiro, die Offiziere in Mainz ziemlich toll treiben; denn nach ihren Aussagen waren fast immer Offiziere, Einjährige und Unteroffiziere die Partner der von der weiblichen Detektivin verfolgten Mädchen. Es mag in anderen Garnisonen nicht anders sein. Die Offiziere können der Kautelen und der Kastengehe halber nicht nach Neigung heiraten, sie müssen auf die reiche Partie warten und die Mitgiftjagd ist meist recht langwierig. Da bringen sie denn die fordernde Manneskraft auferehelt an. In Mainz liegen aber drei ganze Regimenter Infanterie, ein Regiment Dragoner, ein Regiment Fußartillerie, ein Regiment Feldartillerie und ein Bataillon Pioniere. Da kann man sich denken, daß sich ein gehöriges Quantum Liebesdurst anhäuft und daß die Nachfrage nach den durststillenden Weibchen sehr stark ist. Unter den bestehenden Verhältnissen läßt sich daran wenig ändern; aber geißeln muß man doch die Heuchelei, mit der sich die Offiziere, die nach den Verhandlungen des Schapiroprozesses die Hauptkonsumenten käuflichen Weiberfleisches sind, als alte Herren dann hinstellen und die Sozialdemokratie beschuldigen, sie zerstöre die heilige Ehe, vernichte das Familienleben und predige die freie Liebe. Wie schreibt doch Lessing?

Der David und der Salomo,
Das waren arge Sünder,
Sie lebten alle Tage froh
Und zeugten viele Kinder.

Doch als sie nicht mehr konnten so
Von wegen hohen Alters,
Da schrieb die Sprüche Salomo
Und David die Psalters.

Junge Huren, alte Betschwestern! Das gilt nicht nur für die Weiblein, sondern auch für die Männlein. Wenn die alten Herren moralistischer wollen, dann sollen sie sich doch zuerst an ihre jungen Standesgenossen wenden. Der Schapiroprozeß hat gezeigt, daß in Punkto Segualleben die Stützen von Thron und Altar denn doch so im Glashause sitzen, daß sie nicht mit Steinen werfen und nicht die Sozialdemokratie der Vernichtung der heiligen Familie beschuldigen sollen.

Vielleicht wäre Frau Schapiro nicht so eifrig hinter den Liebespärchen her gewesen, wenn die Herren Offiziere ihren Liebesbedarf nur unter den Proletarierinnen gedeckt hätten. Aber die Herren pirschten auch auf wohlhabende Bürgerstöchter und die „besseren“ oder „höheren“ Töchter — wie schrecklich! — schlüpfen, als wenn sie arme, auf die paar Taler angewiesene Dirnen wären, zu den Leutnants in die Kasernen. Und sie hielten es nicht mit einem, sondern schlugen auch den Kameraden des Herzallerliebsten den kleinen Liebesdienst nicht ab. Da mußte Frau Schapiro natürlich eingreifen. Sie rettete, was sie nur retten konnte. Es wäre doch schrecklich gewesen, wenn man wohlhabende Bürgerstöchter polizeilich eingeschrieben hätte! Auch eine Gräfin rettete Frau Schapiro vor der polizeilichen Hurenliste. Die Gräfin hatte immer unheimlich viel Geld, zog von einem Hotel zum anderen und ließ sich von den Hausburichen Herren zuführen. Sie ging glänzend gekleidet und machte einen vornehmen Eindruck. Als Frau Schapiro sie greifen wollte, behauptete sie, von Frau Schapiros Adjutanten, dem Polizeiaspiranten Bruder, schwanger zu sein. Die Affistentin ließ sie gutmütig durchschlüpfen. Nebenbei bemerkt, enthielte sich die Gräfin später als ein Dienstmädchen aus Angelhelm.

Der Polizeiaspirant Bruder war wirklich ein saubere Bruder. Er benutzte sein Amt dazu, um eine Menge Liebesverhältnisse anzuknüpfen. Was ihm gefiel, das brauchte er. Seine Privatbekanntschaften verwendete er dann wieder zu amtlichen Zwecken. Er führte den Offizieren die Dirnen zu und benutzte seine Bekanntschaft mit den Offizieren dann wieder, um deren Liebchen als Dirnen zu benutzieren.

Dieser Bruder war, bis er endlich entlassen wurde, die rechte Hand der Polizeiaffistentin.

Am verwerflichsten ist die Lockspitzerei, die der Polizeiaffistentin in der Prozeßverhandlung nachgewiesen wurde. Sie wollte einen Drogisten, der eine ganz harmlose Miztur als Heilmittel gegen Störungen der Menstruation verkaufte, hineinlegen. Solche Tropfen werden von manchen Frauen für ein Abtreibungsmittel gehalten. Da aber nach unserem verrückten Strafrecht auch die mit untauglichen Mitteln versuchte Abtreibung strafbar ist, wäre der Drogist strafbar gewesen, wenn er die Tropfen zur Abtreibung verkauft hätte. Frau Schapiro war schon so vom preußisch-deutschen Polizeigeist durchdrungen, daß sie unter Deckadresse selbst die Tropfen bestellte mit dem Hinweis, daß sie das Mittel zur Abtreibung brauchen wolle. Hätte jetzt der Drogist ihr die Tropfen geschickt, so hätte sie ihn der Staatsanwaltschaft denunziert. Der Drogist schickte jedoch den

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(17. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Kann es,“ so fragte sich mitleidig Harry und sah dabei mitleidig seinen Vetter an, „ein hilfloses Geschöpf als einen Kontoristen außer Stellung geben? Er hat nichts als Lesen, Schreiben, Rechnen und ein wenig Buchführung gelernt und ist unendlich schlimmer dran als ein geschickter Arbeiter und gelernter Arbeiter, der sich zu jeder Zeit zu helfen vermag. Nun, eigentlich haben sie sich ihr trauriges Los selbst zuzuschreiben, denn es fehlt ihnen an dem festen Willen, ihre Lage zu verbessern. Ja, sie besitzen nicht einmal die Energie, um sich zu einem Schutz- und Erwerbverband zusammenzuschließen und die Arbeitgeber zur Annahme ihrer gerechten Wünsche und Forderungen zu zwingen. Sie sind schon glücklich, wenn sie nicht zu hungern brauchen und wenn ihr Lohn für Bier und Tabak ausreicht.“

„Wie lange ist es übrigens her, seitdem sich jener Vorfall, oder was es immer war, zutrug, der Schuld an deinem Unglück ist?“ fragte Harry nach einer Weile.

„Ich habe mir nichts vorzuwerfen und nichts verbrochen. Es war ein unglücklicher, bis heute noch seiner Aufklärung harrender Zufall, wenn nicht der Teufel selber seine Hand dabei im Spiele hatte. Aber ein beschuldener Kontorist behält doch nichts, das den Teufel locken könnte, sein Spiel mit ihm zu treiben.“

„Was ist eigentlich vorgefallen?“
„Es war an einem Feiertage, dessen ich mich noch ganz deutlich erinnere. Ich befand mich ganz allein in meinem Arbeitszimmer, demselben, in dem ich noch jetzt über meinen Büchern sitze. Meine Kollegen, die noch jünger als ich waren — und ich zählte damals einundzwanzig Jahre — hatten gerade anderweitig zu tun. Nicht neben meinem Pult stand der Geldschrank, in dem ein Haß Schriftstücke aufbewahrt wurde, das mit einem großen Siegel verschlossen war und die Aufschrift „Privatpapiere des Herrn Messinger“ trug. Die Papiere lagen schon so lange in dem Schrank, daß ich ihnen keine besondere Wichtigkeit beimah. Raum eine Stunde zuvor hatte uns Herr Messinger eine Anzahl Banknoten mit dem Auftrage gelandt, sie bei der Bank einzuzahlen. Unsere Kassierer hatten das Geld vom Banke heringebracht — es waren insgesamt vierzehntausend Pfund in Noten verschiedener Provinzialbanken. Ich befand mich also, um es noch einmal zu sagen, allein in dem Zimmer; der Geld-

schrant war verschlossen und die Schlüssel lagen in meinem Pult. Die Noten waren in dem Geldschrank eingeschlossen. Ich kann diese Tatsache beschwören; das sagte ich Herrn Messinger, und bin auch heute noch zu diesem Schwur bereit.“

Josephus wurde fast beredt, als er sich dem springenden Punkt seiner Erzählung näherte.

„Und weiter?“ forschte Harry.

„Es war also — bitte das nicht zu vergessen — niemand außer mir in dem Zimmer, und die Schlüssel —“

„Ich verstehe vollkommen, nur weiter.“

„Ich wurde aus dem Zimmer gerufen.“

„Zu Herrn Messinger?“

„Was du dir denkst. Herr Messinger verkehrte nicht selbst mit seinen jungen Leuten. Wenn er ihnen etwas zu sagen hatte, so ließ er den Chef der betreffenden Abteilung vor sich kommen, der dann seinerseits seinen Bureauvorsteher zu sich entbot, von dem erst der „junge Mann“ seinen Auftrag empfing. So verlangte es der geschäftliche Verkehr in jenen Tagen. Ich mußte also zum Bureauvorsteher gehen, der mir etwas zum Abschreiben gab. Das dauerte nur drei Minuten. Als ich an mein Pult zurückkehrte, war das Zimmer noch immer leer, der Geldschrank noch immer verschlossen, und auch die Schlüssel lagen noch auf der alten Stelle.“

„Und?“

„Über der Geldschrank war leer.“

„Was! Das ganze Geld verschwunden?“

„Ja, das ganze Geld bis auf den letzten Heller verschwunden, und dazu auch das Bündel mit Herrn Messingers Privatpapieren.“

„Wie seltsam!“

„Man hat niemand das Zimmer betreten oder aus ihm herauskommen sehen. Nichts fehlte außer dem Geld und den Papieren.“

„Was sagst du da? — Sind nicht 14 000 Pfund genug, um selbst einen anspruchsvollen Dieb zufriedenzustellen?“

„Aber noch seltsamer ist die Tatsache, daß in all diesen langen Jahren nicht eine einzige der verschwundenen Banknoten zur Einlösung präsentiert wurde.“

„Natürlich kam es zu einem Skandal?“

Josephus nickte.

„Zuerst sollte ich Knall und Knall weggejagt werden, dann überwacht und durchsucht, schließlich in meiner Stelle belassen werden, bis die Noten wieder auftauchten und man des Diebes habhaft würde. Die Noten sind bis zum heutigen Tag nicht präsentiert worden und ich bin heute noch in der-

selben Stellung und beziehe denselben Gehalt wie damals — keinen Pfennig mehr, noch weniger. So war es. Und jetzt soll die Geschichte mit meiner Entlassung endlich ihren Abschluß finden.“

Herr Maliphant hatte gar nicht auf die Erzählung geachtet, sondern sich, wie es schien, die Zeit sehr gut mit seinen eigenen Erinnerungen vertrieben. Jetzt aber brachte ihn etwas zum Lachen und vergnügt rieb er sich die Hände.

„Als Herr Messingers Vater Fräulein Susanna Coppin heiratete —“ Hier unterbrach er sich.

„Aha!“ rief Harry aus. „Bitte nur fortzufahren, alter Herr. Dann wären wir also Vettern, oder Neffen von Fräulein Messinger. Mut, Josephus, altes Haus.“

Herr Maliphants Gedächtnis überprang zwei Menschenalter, und er fuhr fort:

„Karoline Coppin heiratete einen Sergeanten von der Linie, einen schneidigen Soldaten, dessen Namen ich vergessen habe. Aber Mary Coppin heiratete Bunker. Ja, die Coppins waren eine gute, alte Whitechapelers Familie, gerade so gut wie die Messingers. Und dieser Bunker, ach ja, er kam aus Barking und mußte es geschickt anzufangen, um sich in die Familie einzubringen.“

Er versiel in erneutes Schweigen.

12. Kapitel.

Angela machte eine interessante Entdeckung.

Je weiter der Herbst vorrückte, umso mehr überzeugte sich Angela, dem gesellschaftlichen Leben der Hauptstadt ganz fern zu bleiben. Für die große Öffentlichkeit hatte sie sich zu ihrer Erholung auf ihr Landgut begeben, aber diese Ausrede mußte auf die Dauer ihren näheren Freunden und Verwandten gegenüber versagen. Als nun von einer Dame der vornehmen Welt, der Angela nur als Erbin eines großen Vermögens bekannt war, eine Einladung zu einem Diner eintraf, gebot ihr die gesellschaftliche Pflicht, sie anzunehmen, umso mehr als auch ihre beste Freundin, Konstanze Woodcock, ihr Erscheinen zugesagt hatte.

Als der Abend kam, fand sie sich von der Begegnung sehr enttäuscht, denn Konstanze brachte ihr keinerlei Verständnis für ihr neues Leben und ihre sozialen Bestrebungen entgegen, mit denen sie sich, wie sie jetzt nicht länger bezweifeln konnte, auf einen Boden außerhalb der herrschenden Gesellschaftsordnung gestellt hatte. Unter den Gästen befand sich auch ein halbes Duzend Junggeheilen. Angebörige des höchsten Adels, auf die Angelas Willkür eine so unwider-

Brief an die Polizei und hat diese, nach dem gemelnen Menschen zu forschen, der ihm auf eine so heimtückische Weise eine Falle stellen wollte. Zu einer Hebamme schickte Frau Schapiro eine ihrer „Geretteten“. Die Gerettete mußte die Hebamme um ein Abreibungsmittel und um Hilfe bei der Abreibung bitten. Wäre die Hebamme darauf eingegangen, so hätte Frau Schapiro auch sie denunziert. Diese Fälle zeugen denn doch von einer so häßlichen Lockspitzerei, daß kein anständiger Mensch mehr für die Mainzer Polizeiaffistentin Sympathie empfinden kann.

Hinter den Mainzer Frauen war die Polizeiaffistentin auf eine so unerträgliche Art her, daß sie die Frau eines Postbeamten, nach deren Aussage vor Gericht, am Rheinufer anhielt, zum Nachhausegehen aufordnete und mit Untersuchung bedrohte. Und was hatte die Frau getan? Sie hatte mit drei Kollegen ihres Mannes gesprochen.

Unser Mainzer Bruderblatt nimmt die Polizeiaffistentin noch immer in Schutz. Wir können das nicht mehr tun. Mag sie den guten Willen gehabt und auch manches Gute geleistet haben, sie ist im Polizeidienste verspizelt, wie das eben ganz natürlich ist. Auf diesem Boden kann nichts Gutes gedeihen. Lieber ein paar Huren mehr, als eine Detektivin, die mit ihren Spürereien den Einwohnern bis in das Schlafzimmer folgt. Die Mainzer hatten eine gute Absicht mit der Anstellung des weiblichen Polizeibeamten. Nachdem dieser zu einem noch schlimmeren Spürer, als seine männlichen Kollegen geworden ist, hat sich die Wohltat in eine Plage verandelt.

Unter diesen Umständen hat sich der Redakteur Hirsch, von welchen Beweggründen er auch geleitet wurde, ein Verdienst erworben. Es ist unerhört, daß er dennoch wieder zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt wurde. Hier wäre eine Geldstrafe am Platze gewesen, wenn man nicht freisprechen wollte!

Aus der Partei.

Die „lokale“ Sandhauung des neuen Vereinsgesetzes. Das Reichsvereinsgesetz schreibt in seinem § 3 vor, daß von jeder Änderung in den Satzungen politischer Vereine der Polizeibehörde innerhalb zwei Wochen, nach dem Eintritt der Änderung, Anzeige zu erstatten ist. Ende Mai beschloß die Breslauer Genossen für den sozialdemokratischen Verein ein neues Statut, das aber erst am 1. Juli in Kraft treten sollte. Wie schon mitgeteilt, erhielten sämtliche Vorstandsmitglieder schon vor dem 1. Juli polizeiliche Vorladungen, weil das neue Statut nicht eingereicht war. Sie machten geltend, daß vorläufig noch das alte Statut in Kraft sei. Trotzdem das nun rechtzeitig nach dem 1. Juli eingereicht wurde, erhielt am 8. jedes Vorstandsmitglied ein Strafmandat über 9 Mk. Die Polizeibehörde legt also den § 3 R. V. G. in einer ganz unhaltbaren Weise aus und sucht die sozialdemokratischen Vereine mit neuen Geldstrafen heim. Auf Grund des liberalen Vereinsgesetzes.

Ein sozialdemokratischer Geschichtskalender. Im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ ist das erste Heft des „Internationalen Jahrbuchs für Politik und Arbeiterbewegung“ erschienen. Diese neue, im Einverständnis mit den Gewerkschaften von der Partei herausgegebene Vierteljahrsschrift bezweckt, eine charakteristische Darstellung der wichtigsten Zeitereignisse zu geben und die im Umlauf befindlichen bürgerlichen Geschichtskalender zu ergänzen oder zu ersetzen. Jeder in der Arbeiterbewegung tätige Genosse ist oft genötigt, den Verlauf wichtiger, in der Vergangenheit liegender Vorgänge mit möglicher Genauigkeit festzustellen. Solche Feststellung ist heute oft nur durch umständliche Nachforschung in verschiedenen älteren Jahrgängen der Partei- und Gewerkschaftspresse möglich, da die bisher bestehenden Geschichtskalender in Fragen, die die Arbeiterbewegung angehen, nur zu oft verlagern. Das „Internationale Jahrbuch“ ist dazu bestimmt, die Orientierung zu erleichtern, indem es an die Stelle umständlicher Nachforschungen ein einfaches Nachschlagen setzt. Das soeben erschienene erste Heft umfaßt die ersten drei Monate des Jahres 1912. — Das „Internationale Jahrbuch“ ist ein Buch, das von der Zeit selbst geschrieben wird, und das seinen Wert erhält durch die Summe zeitgeschichtlicher Ereignisse, die sich in ihm widerspiegeln. Es wird es von Heft zu Heft und von Jahrgang zu Jahrgang für seine Besitzer wertvoller werden und sich bald zu einem Schatz ge-

halten, den keiner, der an der Arbeiterbewegung tätiges Interesse nimmt, wird missen wollen. Das Internationale Jahrbuch erscheint in Vierteljahrssheften und kostet 10 Mk. pro Jahr. Der gebundene Jahresband kostet 12 Mk.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Aussperrung der Metallarbeiter in Hannover. Die Metallindustriellen beschloßen am Dienstag, die den Arbeitern schon zugeordnete wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden vom 1. Juli 1913 ab auf 54½ Stunden zu verkürzen. Eine von mehr als 400 Vertrauensmännern besuchte Versammlung faßte den Beschluß, die jetzt vorliegenden Vorschläge den 10. am Mittwoch und Donnerstag tagenden Metallarbeiterversammlungen zur Annahme zu empfehlen.

Terroristen vom Dactrog. Die Bäckerzweigstimmung in Magdeburg glaubte einer Rohndemegung der Bäckergehilfen dadurch die Spitze abbrechen zu können, daß jedem Mitglied der Innung eine Ordnungsstrafe von 20 Mk. angebroht wurde, für den Fall, daß es ohne Zustimmung der Innung einen Lohnvertrag abschließen sollte. Die gleiche Strafe — und zwar für jeden Tag des Verstoßes — war solchen Mitgliedern angebroht, die Bewilligungsplakate sichtbar aushängen oder die Tatsache der Bewilligung durch Inserate, Flugblätter oder auf sonstige Weise kundgeben. Den Gehilfen gelang es allerdings, ihrer Rohndemegung eine Form zu geben, gegen die die Innung machtlos war. Trotzdem schickte die Innung zwei Bäckermeistern Strafmandate lautend auf 555 Mk. resp. 935 Mk., weil die beiden Meister ohne Zustimmung der Innung einen Tarifvertrag abgeschlossen hätten! — Die preussischen Staatsanwälte sind doch wahre Waisenkinder gegenüber den Magdeburger Rittlern vom Dactrog.

Der Streit der Fuhrleute in Duisburg ist nach dreiwöchentlicher Dauer beendet worden. Eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2 Mk. wöchentlich und einige sonstige kleine Verbesserungen sind erzielt worden. Während des Streiks hat die Polizeibehörde den Arbeitswilligen den ausgiebigsten Schutz gewährt. Jeder Wagen, der fuhr, war mit einem Polizisten besetzt. Über 100 Schugleute waren den Unternehmern zur Verfügung gestellt worden. Man hat sich sogar 50 Schugleute von Düsseldorf verschrieben. Einige der Schugleute verrichteten selbst Arbeitwilligendienste. Ein Kommissar versuchte abgefangene Arbeitswillige, die fortgeschafft werden sollten, zu überreden, da zu bleiben und zu arbeiten. Der Unternehmerfreund hatte allerdings kein Glück mit seinem Liebeswerben. Gegen die Streikenden ging die Polizei in der schärfsten Weise vor. Das Streikpostenflehen wurde fast unmöglich gemacht. Es versteht sich am Rande, daß die bürgerliche Presse in der gemeinsten Weise gegen die Streikenden hetzte. Jeder Krakeel, der sich abspielte, wurde den Streikenden an die Rockschöße gehängt. Als Dritte im Bunde zum Schutz der Unternehmerinteressen der christliche Transportarbeiterverband und die gelben Fuhrmannvereine auf dem Plane. Der Zentrumsverband, der unter den in Frage kommenden Fuhrleuten überhaupt keine Mitglieder hatte, verlangte anerkannt zu werden; da dies abgelehnt wurde, schlug er sich zu den Gelben und machte mit diesen gemeinsame Sache gegen die Streikenden. In einer während des Streiks von den Schwarzen und Gelben gemeinsam abgehaltenen Versammlung, in der der christliche Bezirksleiter Eckmann-Düsseldorf redete, nahmen die Unternehmerverschlingler eine Resolution an, in der sie angebliche Ausschreitungen der Streikenden verurteilten und ihre Anhänger aufforderten, jede Gemeinschaft mit den Streikenden abzulehnen. Für das größte Schatzmacherorgan von Duisburg, die „Rhein- und Ruhrzeitung“, war die Resolution der Schwarz-Gelben ein gefundenes Fressen, denn sie gab sie in Sperdruck wieder und kümpfte höhnische Bemerkungen über die Streikenden daran.

Ein christliches Wabentüchchen. Die blindwütige Bekämpfung der freien Gewerkschaften durch die sogenannten christlichen Gewerkschaftsführer hat schon manches für die sittliche Bewilderung in jenen Kreisen recht bezeichnende Wabentüchchen zutage gefördert. Diesen reiht sich jetzt ein neues an, das sich in München-Gradbach abspielte. Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß vor fast Jahresfrist in einer Münchener-Gradbacher Gebetbuchbinderei die christlichen Goldschmittmacher in einen Streit eintraten, weil sie sich bei der Berechnung ihrer Arbeit durch einen neuen Wertmeister überverteilt glaubten. Auf Geheiß des christlichen Zentralverbandes blieb von den fünf Beteiligten einer im Betrieb als Streifbrecher stehen, damit er

der Firma die notwendigsten Arbeiten erledige. Selbstverständlich wurde durch diese Maßnahme der ganze Streit zu einer Farce; durch das Eingreifen der Funktionäre des freien Buchbinderverbandes wurde er schließlich beigelegt. Als der Betrieb wieder im Gange war, bemerkte einer der Goldschmittmacher, daß ihm seine Arbeit ständig mißglücke. Er mochte anstellen, was er wollte, es gelang ihm nicht, einen anständigen Goldschmitt fertig zu bringen. Man stand vor einem Rätsel, bis man schließlich einen jungen Mann dabei ertappte, als er ein Pulver über die zum Abreiben der Buchschritte bestimmten Papierspäne schüttete. Ins Gebet genommen, gestand der junge Mann wehmütig ein, das Pulver von einem christlichorganisierten erhalten zu haben. Das Pulver erwies sich als Seifenpulver und es stellte sich heraus, daß der ehemalige Zentralvorsitzende des christlichen graphischen Zentralverbandes, Benmanns, der Urheber dieser christlichen Sabotage war. Herr Benmanns stand nun jetzt infolge dieses Schurkenstreichs mit noch drei anderen christlichen Verbandsmitgliedern vor den Schranken des Gerichts. Hier wurden alle vier schuldig gefunden und Benmanns als Urheber zu 60 Mark, zwei andere christliche zu je 30 Mark und einer zu 20 Mark, außerdem zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Soweit bringt niedrige Nachsicht christliche Gewerkschaftsführer herunter und mit solchem Gesindel soll sich dann noch ein anständiger Mensch herumschlagen.

Mit dem Reichsvereinsgesetz gegen die Gewerkschaften. Vor einigen Monaten erhielten sämtliche Vorstände der freien Gewerkschaften in Sagan i. Schl. einen Polizeiauftrag folgenden Inhalts:

„Die Polizeiverwaltung. Nach einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts sind die Zahlstellen der freien Gewerkschaften als „politische Vereine“ anzusehen.

Auf Grund des § 3 II, III, 18 I des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 werden Sie daher hiermit aufgefordert, binnen zwei Wochen:

1. Die Satzungen, sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes nach Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung hierher einzureichen.

2. Jede Änderung der Satzungen, sowie jede Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen der gleichen Frist nach Eintritt der Änderung anzuzeigen. Gleichzeitig wird der Vorstand auf die Bestimmungen der §§ 17, 18, 5 des Gesetzes a. a. O. noch besonders aufmerksam gemacht, nach denen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglied von politischen Vereinen sein dürfen, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu gesetzlichen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein dürfen.

„Achilles.“ Die Vorstände liegen sämtlich diese Aufforderung unbedacht und verweigerten auch bei den Bernehmungen jede Auslage. Darauf wurde ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet und Verhandlung für den Monatsprozeß auf den 12. Juli angelegt. Am 8. Juli aber, vier Tage vor dem Prozeß, erhielten plötzlich die Delinquenten die Mitteilung, daß das ganze Verfahren eingestellt sei. Sang- und klanglos ging die Staatsaktion zu Ende.

Vom Kinderhandel.

Den Adoptionschwindlern dürfte durch die Beleuchtung ihres Treibens, die in letzter Zeit vor Gericht erfolgt ist, ein bißchen das Handwerk gelegt worden sein. Wer Weisheit weiß, der wird Annoncen, in denen Kinder zur Adoption gegen Abfindung angeboten werden, mit Vorsicht genießen. Leicht könnte hinter so einer Annonce ein gewisser Gauner stecken, dem es nur darum zu tun ist, auf einlaufende Offerten sich mit der Empfehlung eines von ihm betriebenen „Adoptionsbureaus“ zu melden und dem Adoptionslustigen zunächst mal bares Geld für angeblich einzuholende „Auskunftsgelder“ abzulockern.

Von Kinderhandel kann man bei einem etwa nur auf Erschwindelung von „Auskunftsgeldern“ abzielenden „Adoptionsbureau“ nicht reden, da ja der Inhaber entweder überhaupt keine Kinder zu verschachern hat oder doch nur in ganz vereinzelten Fällen auch mal dieses Handwerk betreiben wird, um gegenüber der Polizei und dem Gericht sich den „Beweis“ wirklicher „Adoptionsvermittlung“ zu sichern. Der regelrechte Kinderhandel ist ein — wenn man so sagen darf — „reelles“ Gewerbe; denn bis jetzt ist keinem Menschen verboten, seine Kinder gegen Abfindung wegzunehmen.

Urlaub entfernte. Vielleicht ist es wirklich nur ein Urlaub aber fast glaube ich an Desertion.

„Sie sprechen in Rätseln, Lord Jocelyn.“

„Sind Sie denn wirklich so neugierig, Fräulein Messinger?“

„Das nicht. Aber ich nehme Anteil an Ihrem Kummer. Erzählen Sie mir darum alles, was Ihr Mädel betrifft.“

„Dann will ich Ihnen erklären, Fräulein Messinger, wie der Junge auf seine seltsame und befremdliche Idee verfallen ist.“

Er dachte einen Augenblick nach.

„Stellen Sie sich also vor, daß ich diesen Knaben im zarten Alter von drei Jahren in der Absicht zu mir nahm, jede Erinnerung an seine Umgebung und Abstammung in ihm zu verwischen. Er war älter als ich und hatte, wenn ich mich recht erinnere, keine anderen Verwandten als einen Onkel namens Dunter — fast unglücklich, nicht wahr?“

„Aber Sie sehen Ihre Erzählung ja nicht mehr fort.“

„magnte Angela ungeduldig. „Was ist denn fast unglücklich?“

„Nur einen Augenblick Geduld. Ich gab dem Knaben die beste Erziehung, und er entwickelte einen erstaunlichen Lerneifer, der die schönsten Früchte trug. Es gibt kaum etwas, das er nicht versteht; ein jeder lobte ihn, und er hatte ungezählte Freunde, von denen sich keiner darum kümmerte, wer sein Vater gewesen war. Wen ging das etwas an? In diesem Sinne sprach ich zu ihm. „Schau dir X und Y und Z an. Wer sind ihre Väter?“ Wen interessiert es? Wer fragt danach?“ Und dennoch riß er sich los, als er die Wahrheit erfuhr, verzichtete auf alles, was ihm lieb und teuer gewesen war, und kehrte nach Whitechapel zurück, um dort unter seinen Verwandten zu leben.“

Angela errötete abermals und ihre Lippen zitterten ein wenig. Dann sprach sie laut:

„Nach Whitechapel! Das interessiert mich sehr, Lord Jocelyn, denn auch ich gehöre, was Sie vielleicht noch nicht wissen, nach Whitechapel.“

„In der Tat! Gehören Sie wirklich nach jenem berühmten Stadtteil Londons?“

„Ganz gewiß. Haben Sie denn nicht meinen Großvater gelannt?“

Lord Jocelyn schüttelte den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

heißliche Anziehungskraft ausübten, daß sie um einen solchen Preis nicht Bedenken getragen hätten, ihrem Jungseelenstand Palet zu sagen. Sie alle ließen sich vorstellen, fanden jedoch nicht die mindeste Ermüdung und entfernten sich wieder von ihr in dem Bewusstsein, daß sie eines der fältesten, abhörenden und ungeselligsten weiblichen Wesen sei, deren Bekanntschaft zu machen ihnen je beabschieden gewesen war. Angela erschien jedoch nicht ohne guten Grund so ganz anders als sonst.

Sie hatte zum Tischnachbarn einen nicht mehr jungen Mann von offenem, ehrlichem Gesichtsausdruck, gewinnenden Manieren und angenehmer Stimme erhalten, Lord Jocelyn le Breton, der sich ihr fast ausschließlich widmete. Er plauderte lebhaft über alle möglichen lustigen Dinge mit ihr, bekannte sich als Freund einer feinen Küche und beglückwünschte sie hinsichtlich zu ihren erfolgreichen akademischen Studien in Newham.

Angela lachte.

„Sie haben eine zu hohe Meinung von meiner Intelligenz, Lord Jocelyn“, entgegnete sie. „In Newham erhielten wir wohl Unterricht in der Gastronomie. Es war uns sogar höchst gleichgültig, was bei uns mittags auf den Tisch kam.“

„Mein Mädel Harry pflegte zu sagen — doch ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen.“

„Ich glaube kaum. Wie heißt er doch?“

„Er trug meinen Namen und jedermann kannte ihn als Harry le Breton. Er hatte jedoch keinen rechtlichen Anspruch darauf, da er kein Verwandter von mir ist, legte ihn ab und nahm seinen richtigen Namen an.“

„O!“ Dieser Name besaß nicht das geringste Interesse für Angela.

„Ja, nun werden wir ihn schwerlich mehr kennen lernen, denn er ist von mir gegangen.“ Lord Jocelyn klappte diese Worte in so bestimmtem Ton, daß Angela eine größere Bedeutung beilegte, als sie wirklich verdiente.

„Das tut mir leid“, bemerkte sie.

„Bitte mich nicht weiterzufragen, Fräulein Messinger. Er ist nicht tot, sondern starb nur für die Gesellschaft, um zu seinem eigentlichen Stande zurückzukehren.“

Angela errötete. Was bedeuteten diese Worte?

ihm ein Leben des Müßigganges ermöglichte, abgelehnt hatte, so war es ihr doch nie eingefallen, an ihn als gesellschaftlich gleichberechtigt zu denken. Wie konnte sie auch auf solchen Gedanken verfallen? Sie mußte von ihm nichts weiter, als daß er ein Tölpel war, und seine guten Manieren hatte sie als selbstverständlich hingenommen, ohne weiter darüber nachzudenken.

Er verzichtete lachend auf alles, hürzte sich kopfüber in die Tiefe und schien schließlich mit dem Wechsel gar nicht einmal unzufrieden. Aber haben Sie gar nichts davon gehört? Die Gesellschaftsblätter besaßen sich ausschließlich mit der Geschichte, jeder hatte dazu etwas zu sagen, und alle verurteilten mich, weil ich ihn über seine Abstammung aufgeklärt hatte.“

„Ich habe mich in diesem Jahre nur wenig in London aufgehalten und von gesellschaftlichen Vorgängen so gut wie nichts gehört“, entgegnete Angela. „Haben Sie noch mehr von Ihrem Mädel zu erzählen, Lord Jocelyn?“ Seine Worte hatten eine gewisse Beklemmung in ihr nachgelassen.

„Eine junge Pianistin trug gerade mit außerordentlicher Bravour ein schwieriges Klavierstück vor, so daß einer ungehörten Unterhaltung nichts im Wege stand.“

„Wollen Sie wirklich hören, welche Sorgen mir mein Mädel Harry bereitet?“ fragte er. „Sie scheinen mir Ihre Sympathien entgegenzubringen und werden mir Ihr Mitgefühl in meinem Kummer nicht verweigern. Sie müssen aber wissen, daß ich ihn in dem Glauben erzog, daß er von adeliger Abstammung sei, obwohl sein Vater in Wahrheit nur ein Sergeant in einem Infanterieregiment war. Aber was fehlt Ihnen, Fräulein Messinger?“

Angela war plötzlich freideweiß geworden. Konnte es zwei Harrys und beide Söhne von Sergeanten geben, die einen solchen Sprung aus der Höhe in die Tiefe gewagt hatten?

„O nein, mir ist nichts, ich fühle mich schon wieder besser“, Lord Jocelyn. Bitte nur fortzufahren. Ihr Adoptionsjahn also —

„Ich hatte mir vorgenommen, ihm die volle Wahrheit mitzuteilen, wenn er dreißigjährig Jahre alt wurde, aber nie damit gerechnet, daß er meine Erregungen so aufnehmen würde.“

„Sie haben mir aber noch nicht mitgeteilt, wie er ihre Erregung aufgenommen hat“, sagte sie. „Denn ich Ihnen nicht mein Mitgefühl vorzuenthalten soll, mag ich doch alles wissen.“

„Die Welt ist der Ansicht, daß er sich nur zeitweilig mit

geben beziehungsweise fremde Kinder gegen Abfindung zu übernehmen, und auch das ist noch erlaubt, solche Kindervermittlung zu vermitteln. Nebenbei bemerkt: von gewöhnlichen Handelsgeschäften unterscheidet der Kindervermittler sich dadurch, daß bei ihm für das wegzugehende Kind gewöhnlich derjenige, der es als „eigen“ übernehmen soll, nicht einen Kaufpreis zahlen, sondern mit Rücksicht auf die Unterhaltungskosten noch ein tüchtiges Stück Geld haben will.

In einem Gegensatz zu den Adoptionsbüros, die durch Schwindler in Mißkredit gebracht worden sind, stellt sich ein Unternehmen, das auf andere Art gleichfalls die Vermittlung von Adoptionen, neben der Vermittlung von Pflegefällen, betreibt. Kennen lernen kann man dieses Unternehmen durch Annoncen, wie die folgende, die sich in einem Provinzialblatt fand:

Kind.
Achtbare Leute, die solches gegen Kapitalabfindung oder Pflegegeld in treue Hände nehmen möchten, wollen Adresse senden; Lagerkarte 259, Postamt . . . , Berlin.

Eine Frau, die ihre Adresse an das in der Annonce angegebene Postamt einsandte, erhielt als Antwort einen gedruckten Brief aus einem Vorort Berlins. Am Kopf des Briefes präferierte sich in statilichen Buchstaben die Überschrift „Die Kinderfürsorge“, und unterzeichnet war „Die Geschäftsleitung der Kinderfürsorge, G. A. Hinrichsen“. Folgendermaßen lautete der Brief:

„Sehr geehrte Frau! Ihren Wunsch nach einem Pflegekind dürfen wir wohl am ersten erfüllen können. Durch die dankenswerte Energie und das überaus nötige Zugreifen der Volkzeit sind die meisten sogenannten „Adoptionsbüros“, soweit sie nur den Leuten das Geld aus der Tasche nehmen, beseitigt worden, so daß ein reelles und voraussichtlich zum Ziel führendes Unternehmen, wie das unsrige, alsbald von allen interessierten Personen, sowohl von den Müttern, die ihr Kind nicht bei sich behalten wollen oder können, als auch von den achtbaren Familien, die ein Kind in treue Pflege nehmen möchten, in ausgiebigster Weise benutzt und dadurch der Erfolg für beide suchenden Parteien mehr und mehr gesteigert werden wird. Die Statistik weist die Tatsache nach, daß in Deutschland Jahr für Jahr viele Laufende, besonders uneheliche Kinder gegen Monatsgeld oder gegen einmalige Kapitalabfindung an achtbare Familien vergeben werden. In ersterem Falle werden monatlich 15 bis 100 Mk., im zweiten Falle von 1000 Mk. an gezahlt, je nach den Mitteln und dem Stande der Eltern. Jede Mutter, die eine solche Familie sucht, fragt sich nun:

Wo bringe ich mein Kind unter?
Wem vertraue ich mein Kind an?

Darauf geben nun wir die Antwort, indem wir in unserer Kinderfürsorge einen Nachweis eingebracht haben, den wir frei den sämtlichen Entbindungsanstalten (auch den geheimen) in ganz Deutschland mit der Aufforderung zusenden, ihn allen jungen oder werdenden Müttern zu übergeben, damit sie aus diesem Nachweis die Familie sich aussuchen, der sie ihr Kind übergeben wollen. In unserem Nachweis geben wir auch gleich die Bedingungen bekannt, unter denen Sie ein Kind aufnehmen wollen, ob gegen Monatsgeld oder gegen Kapitalabfindung, wie hoch Sie beides bemessen usw. usw. Wünschen Sie also ein Kind, so müssen Sie das den Müttern durch diesen Nachweis mitteilen. Zu diesem Zweck müssen Sie den umseitigen Fragebogen ausfüllen und uns mit der Gebühr von 4 Mk. für den dreimaligen Nachweis einleihen. An uns haben Sie dafür nichts zu zahlen, wenn Sie ein Kind mit Pflegegeld oder Kapitalabfindung durch unseren Nachweis erhalten haben. Im Gegenteil: wir lehnen jedes derartige Provisionsangebot, wie sie uns täglich zugehen, von vornherein auch hiermit entschieden ab. Wenden Sie also schleunigst den umseitigen Fragebogen und senden Sie uns denselben baldigst zu, zugleich mit der Gebühr von 4 Mk., da diese dazu dienen, unsere Kosten für Druck, Porto usw. usw. zu decken, und ohne diese verhältnismäßig geringe Gebühr selbstverständlich die Aufnahme in den Nachweis nicht erfolgen kann. Einen Nachweis mit Ihrem Besuch schicken wir Ihnen dann frei und kostenlos zu, damit Sie sich selbst davon überzeugen können, wofür Sie Ihre Gebühr von 4 Mk. ausgegeben haben.“

Also auch hier ging die Annonce nicht, wie man nach ihrem Wortlaut hätte annehmen können, von Leuten aus, die selber ein Kind weggeben wollten. Sie ging aus von einer Person, die nur die Verbeisichtigung von Adressen solcher Leute vermitteln wollte, wofür dann natürlich eine Gebühr gezahlt werden mußte. Die Vermittlung wird dadurch bewirkt, daß eine von Hinrichsen herausgegebene Zeitschrift „Kinderfürsorge“ in einer als Beilage veröffentlichten Liste die Personen, die sich zur Übernahme eines Kindes bereit erklärt und die 4 Mk. bezahlt haben, mit ihren Adressen samt den Bedingungen nennt. Wer die 4 Mk. zahlt, dem liefert Hinrichsen nicht selber Adressen von Eltern, die ihre Kinder weggeben wollen. Der in die Liste Aufgenommene hat abzuwarten, ob solche Eltern sich melden werden. Wir vermuten, daß nicht viele von denen, die die oben mitgeteilte Annonce gelesen haben, auf so etwas vorbereitet gewesen sein werden.

Aus mehreren Nummern der „Kinderfürsorge“, die dem „Vorw.“ vorliegen, gewinnt man den Eindruck, daß bei Hinrichsen das Geschäft recht flott geht. Mäßig scheint allerdings die Ernte aus dem Abonnement der von G. A. Hinrichsen redigierten, von Frau Emmy Hinrichsen verlegten Zeitschrift zu sein, die im Oktober 1911 beim Erscheinen ihrer ersten Nummer sich zu 2,50 Mk. für sechs Nummern jedes Quartals anbot, aber es dann für zweimonatlicher hielt, schon vom Januar 1912 ab für sechs Nummern jedes Quartals nur noch — 40 Pfennig zu fordern. Wieviel zahlende Abonnenten durch diese rasche Ermäßigung schließlich zusammengebracht worden sind, darüber erfahren wir nichts aus den vorliegenden Nummern. Zu einem recht stattlichen Umfang entwickelte sich aber im Laufe von wenigen Monaten die Liste der Hoffnungsreichen, die ihre vier Mark hergegeben hatten. In der Liste von Mitte März zum Beispiel zählen wir bereits 184 Namen. Personen aller Art, von denen nur wenige in Berlin und Umgegend, die meisten in Provinzorten wohnen, erklären teils durch diese Nachweislisten, zum Teil auch noch durch besondere Annoncen in der „Kinderfürsorge“ sich bereit zur Übernahme von Kindern gegen monatliches Pflegegeld oder gegen einmalige Abfindung in Beträgen von verschiedener Höhe. Nur ganz vereinzelt findet sich der Zusatz, daß man ein Kind umsonst nehmen wolle. Wir können nicht wissen, welchen Erfolg all diese Angebote zur Übernahme gegen Abfindung haben. Wer nur nach den Angeboten und ihrer Menge urteilen will, muß den Eindruck empfangen, daß durch die Hinrichsensche „Kinderfürsorge“ in ganz außerordentlichem Umfang der leider durch Gesetz nicht verbotene Kinderhandel vermittelt wird.

Mancher wird höchst überrascht sein, wenn er hört, was für Leute bei einem solchen Handel die Rolle von Pflege- oder Adoptionseltern übernehmen wollen. Beritten sind da Personen aus den verschiedensten Berufsgruppen und Gesell-

schäftsständen, und die geforderten Abfindungsbeträge schwanken zwischen einigen hundert Mark und vielen tausend Mark (bis zu 40 000 Mark in den uns vorliegenden Listen). Wir wollen hier nur einige der interessanteren Proben, so wie sie in den Listen und Annoncen sich bieten, wiedergeben. Ein Syndikus und Doktor der Medizin, der in Bayern seinen Wohnsitz hat, will für 10—20 000 Mark adoptieren. Ein Apothekenbesitzer in Schlesien fordert für Adoption 10—15 000 Mk., während ein Lehrer aus Westfalen es schon für 6—8000 Mk. macht. Durch eine Annonce mit der groß und dick gedruckten Überschrift „Offiziersfamilie“ wird für Annahme an Kindes Statt und eventuelle spätere Adoption ein einmaliger Erziehungsbeitrag von 10 000 Mark gefordert. Unterzeichnet ist ein in einem Vorort Berlins wohnender Leutnant a. D., der sich auch durch die Liste anbietet. Aus einem anderen Vorort erbietet sich ein „königl. Regierungskretär“, gegen einen einmaligen „Erziehungsbeitrag“ von 5—6000 Mk. zu adoptieren.

In den ersten Nummern der „Kinderfürsorge“ finden wir auch Annoncen von Personen, die ihre Kinder weggeben wollen. Da haben wir nun das genaue Gegenstück zu den Annoncen derjenigen, die solche Kinder übernehmen wollten. Nicht nur Neugeborene und Säuglinge, sondern auch ältere Kinder, selbst von 6 Jahren, 8 Jahren, 9 Jahren, 12 Jahren sollten da als „eigen“ hingegeben werden. Meist war die Angabe beigefügt, daß ohne gegenseitige Abfindung das Kind gegeben und übernommen werden solle. Manche Mütter erklärten ausdrücklich, daß sie arm seien und ihre Kinder verschonen wollten. Das ist wohl nichts für die Herrschaften, die für 10 000 Mk., 15 000 Mk., 20 000 Mk. usw. sich zur Adoption anbieten?

Es ist ein eigenartiges Kulturbild, das in der Hinrichsenschen „Kinderfürsorge“ sich vor uns aufrollt. Dabei erscheint der Kinderhandel, der durch diese Kinderbörse vermittelt werden soll, fast in der Beleuchtung behördlichen Schutzes. G. A. Hinrichsen sagt, daß er seinen Nachweis „den sämtlichen Entbindungsanstalten (auch den geheimen) in ganz Deutschland“ zuschickt. Was für Anstalten mögen das sein, die seine Aufforderung, den Nachweis an die Mütter weiterzugeben, wirklich befolgen? Die erste Nummer der „Kinderfürsorge“ kündigte an: „Der gesamte Abonnementertrag (wovon nur die reinen Selbstkosten des Verlags abgezogen werden dürfen) dient zur Aufnahme, Pflege und Erziehung ganz mittelloser Kinder.“ Am Ende wollte die Sache gar als „Wohltätigkeits“-Veranstaltung sich empfehlen? Da möchten wir wissen, wie viel für den angegebenen Zweck drübergeblieben ist.

Soziales.

Der Handel zwischen Deutschland und den afrikanischen Kolonien im Jahre 1911. Der amtliche Bericht über die Einfuhr von Waren aus den deutschen Kolonien Afrikas im Jahre 1911 und über die Ausfuhr von Waren nach dort ist jetzt erschienen. Danach betrug die

	1910	1911	+ oder —
Deutsch-Südwestafrika	34 691 371	28 573 247	— 6 118 124
Deutsch-Ostafrika . . .	20 803 394	22 437 760	+ 1 632 366
Kamerun	19 923 667	21 250 833	+ 1 327 216
Togo	7 222 123	9 317 552	+ 2 095 429
Einfuhr:			
Deutsch-Ostafrika . . .	38 658 777	45 891 642	+ 7 232 865
Deutsch-Südwestafrika	44 344 281	45 301 955	+ 957 674
Kamerun	25 480 507	28 527 514	+ 3 047 007
Togo	10 817 121	9 920 030	— 1 197 091
Gesamthandel (Ein- und Ausfuhr):			
Deutsch-Südwestafrika	79 085 652	78 875 202	— 5 160 450
Deutsch-Ostafrika . . .	69 464 171	68 329 402	+ 8 865 231
Kamerun	45 404 174	49 773 397	+ 4 374 223
Togo	18 039 244	15 987 582	+ 898 338

Diese Handelsziffern stehen in keinem Verhältnis zu den Summen, die der deutsche Steuerzahler direkt und indirekt für die Kolonien aufzuwenden hat. Und schon meldet die halbamtliche Presse wieder von einem neuen kolonialen Nachtragsetat. Es handelt sich um die Deckung der Kosten der deutschen Expeditionen zur Festsetzung der neuen Kamerungrenze. Die Beratungen der Kongo-Kamerun-Konferenz dürften bald beendet sein, und im Herbst werden die deutschen und französischen Expeditionsteilnehmer zusammentreffen, um die Abgrenzung zwischen dem deutschen und französischen Kongogebiet vorzunehmen. Angesichts der Schwierigkeiten der Abgrenzungsarbeiten sollen mehrere Expeditionen ausgesandt werden. Die französische Kammer hat zu diesem Zwecke schon eine halbe Million Franken bewilligt, und der deutsche Reichstag wird im Herbst die gleiche Summe zu bewilligen haben.

Im Kampf gegen die ärztlichen Scharmacher. Die Beleidigungsklage des sogenannten Leipziger Ärzteverbandes gegen den Redakteur Kempens von der „Rheinischen Zeitung“ und den Kölner Kassennarzt Dr. H. Baum beschäftigt jetzt wieder das Landgericht Leipzig, nachdem das Oberlandesgericht in Dresden das erste Urteil, das gegen Kempens auf 150 Mk., gegen Baum auf 200 Mk. lautete, wegen erheblicher Mängel aufgehoben hatte. Die Angeklagten wiesen eingehend nach, daß der Inhalt des Artikels in seinem ganzen Umfange den Tatsachen entspreche: daß von Seiten des Leipziger Verbandes die ärztlichen Ehrengerichte gegen die kassentreuen Ärzte mißbraucht und offen beeinträchtigt worden seien, daß der Leipziger Verband unter Aufwendung vieler Tausende aus seiner Kasse systematisch Kassennärzte zum Kontraktbruch verleitet habe, daß im offiziellen Organ des Leipziger Verbandes der Beschluß veröffentlicht worden sei, nicht nur keine Kassennmitglieder zu behandeln, sondern auch keines von den nichtversicherten Angehörigen (!) der Kassennmitglieder irgendwie (!) zu behandeln, auch nicht gegen Verzahlung, auch nicht in Notfällen (!). Selbst Herr von Bethmann-Hollweg habe demgegenüber das Wort von dem Boykott kranker und Sterbender“ gebraucht. In Köln verhindere der Leipziger Verband die Beteiligung der dortigen Ärzte an den Fortbildungskursen der Akademie für praktische Medizin, sogar der Schulärzte, sodaß der Stadt Köln jährlich ein Defizit von 70—80 000 Mk. aus den Kurien, die nun nur für auswärtige Ärzte stattfinden, entstehe. Das offizielle Organ des Leipziger Verbandes habe die Assistentenärzte der Kölner Krankenhäuser, weil dort Kassenträger behandelt werden, aufgefordert, die Tätigkeit mit sechsmonatiger Kündigung einzustellen, wobei das Blatt auf die derzeit „günstige Konjunktur (!)“ des überall herrschenden Assistentenmangels hingewiesen habe. Die ganze Kampfesart des Leipziger Verbandes sei ein Hohn auf jede Humanität, und sie offenbare eine Frivolität, der gegenüber die in dem Artikel gebrauchten Ausdrücke, wie „schändliches Treiben“, Erniedrigung des ärztlichen Standes“ usw. nicht zu kurz seien. Der Kassus von dem „Berschwindeln Hunderttausender“ aus der Verbandskasse solle

lediglich die Ausgaben ohne öffentliche Rechnungslegung und die illegale Verwendung großer Summen zur Verteilung von Kassennärzten zum Kontraktbruch treffen. Das Gericht erachtete trotzdem den letztgenannten Kassus als den Vorwurf der Unredlichkeit enthaltend und gegen die beiden Vorsteher des Leipziger Verbandes gerichtet; wegen der anderen Beschuldigungen (Beeinflussung der Ehrengerichte, Verleitung zum Kontraktbruch, Verweigerung ärztlichen Bestandes in Fällen dringender Gefahr) hielt es den Kassus für erbracht; indes sei die Form beleidigend. Das frühere Urteil: 150 Mk. und 200 Mk. Geldstrafe, sei darum aufrecht zu erhalten.

Schiedssprüche der Schlichtungskommission sind steuerpflichtig! Kaum hat sich die Aufregung über die Verfügung des Finanzministeriums wegen der Steuerpflicht der Tarifverträge im Arbeitsverhältnis gelegt, beglückt sich die Steuerbehörde mit einem neuen Verlangen, das geeignet ist, alle Kreise der Bevölkerung zu einem energischen Protest aufzufordern. Das Hauptzollamt Berlin verlangt von der Schlichtungskommission für das Portefeuille- und Kasseartikelgewerbe Berlins 16 Mk. Stempelsteuer für einen von ihr gefällten Schiedsspruch und zwar 10 Mk. für das vom Amtsgericht Berlin eingeforderte Original und je 8 Mk. für die den Parteien zugestellte Abschrift. Das Hauptzollamt begründet sein sonderbares Verlangen mit dem Hinweis auf Tarifstelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes. Die Unterzeichner des Schiedsspruchs, also der unparteiische Vorsitzende und die vier Beisitzer sind für die geforderte Summe solidarisch haftbar. Außerdem wurde der Vorsitzende der Schlichtungskommission ersucht, sich rechtfertigend zu äußern, warum die rechtzeitige Verteuerung unterblieben ist, da eine Zwiderhandlung gegen das Stempelsteuergesetz vorliegt. Die Zollbehörde hat nämlich erst Ende April Kenntnis von dem am 17. Februar 1912 gefällten Schiedsspruch durch das Aml. Amtsgericht erhalten, welchem auf sein Anfordern Original und Abschrift zugehändelt wurden, weil ein beklagter und verurteilter Ledermwarenfabrikant auf Nichtigkeitserklärung des Schiedsspruchs klagt. Selbstverständlich ist gegen diese Forderung des Fiskus sofort Beschwerde eingelegt worden.

Eine hirsch-dunkerische Volksversicherung?

Kein Mensch, keine Organisation und keine Regierung hat sich bis dato um die Volksversicherung gekümmert, unbeschritten und ohne Konkurrenz floßen die Riesengewinne den privaten Versicherungsgesellschaften in die weiten Taschen. Möglich, nachdem die freien Gewerkschaften und Genossenschaften wieder einmal die Initiative ergriffen haben, schreit und klafft es an allen Ecken und Enden. Da kommt die Volksversicherung der neuen Düsseldorfener Vereinsversicherungsbank, deren Volksversicherungskapital etwa 3,5 Millionen Mark beträgt. Diese versichert besonders unter Mitwirkung der Arbeitgeber die Arbeiterchaft ganzer Betriebe, knüpft also an die Wohlfahrts-einrichtungen der Großindustrie an, die materiell der Arbeiterchaft recht zweifelhafte Vorteile bringen. Das ist die gelbe Volksversicherung! Aber die „rote“ Volksversicherung sind unsere Leser genügend orientiert. Das hirsch-dunkerische Zentralorgan aller Gewerksvereine schreibt in seiner jüngsten Nummer dazu: „Es ist nicht zu leugnen, daß diese neue Volksversicherung gute Zukunftsaussichten hat, zumal sie auch in der Anlage der Kapitalien den Interessen der Volksversicherten dienen will.“

An die übrigen Arbeiterorganisationen, die auf nationalem Boden stehen, tritt daher die überaus wichtige Frage heran, wie sie die Wohlfahrts-einrichtung der Volksversicherung auch in den Dienst ihrer Richtungen stellen können, um schon nicht nur aus äußeren Gründen im Wettbewerb mit den „freien“ Gewerkschaften in den Hintergrund gedrängt zu werden. Trotz der Hunderttausende ihrer Mitglieder dürften sie das Beispiel der „Volksfürsorge“ kaum selbständig nachmachen können. Ein Zusammenarbeiten mit der Düsseldorfener Vereinsversicherungsbank könnte sie in die Nachbarschaft von Organisationsbestrebungen bringen, die ihren gewerkschaftlichen Grundgedanken widersprechen.

Da ist es wohl von Interesse, darauf hinzuweisen, daß eine solche gemeinnützige Versicherungsform jetzt im Verbände öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten geschaffen ist, der 6 Provinzialanstalten in den östlichen (!) Provinzen bereits besitzt und jetzt auch im Westen festen Fuß faßt. Diese zukunftsreiche Institution, die mit zahlreichen anderen Selbstverwaltungsorganen Hand in Hand arbeitet, soll nach Einführung der großen Lebensversicherung eine Volksversicherungsbteilung nach rein gemeinnützigen Grundsätzen erhalten.

Wie wir uns mit der Stellung der hirsch-dunkerischen Gewerksvereine zur „Volksfürsorge“ selbst beschäftigen, sei einmal festgesetzt, was das „der Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten“, eigentlich für eine Einrichtung ist.

Der Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten ist außerordentlich jung, er wurde erst vor wenigen Monaten geschaffen. Die Organisation ist gegründet worden von der Versicherungsanstalt der ostpreussischen Landschaft, von der schlesischen und der pommerischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, von der Lebensversicherungsanstalt Westpreußen und der pommerschen Provinziallebensversicherungsanstalt. Der Verband ist eine gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Rechte einer juristischen Person. Das Stammkapital ist einstweilen mit 1,5 Millionen Mark festgelegt worden. Das von den Mitgliedern eingezahlte Kapital wird die ersten fünf Jahre überhaupt nicht, dann mit 3,5 vom Hundert verzinst.

Bis jetzt handelt es sich also — trotzdem die privaten Versicherungs-Vereinigungen schon weidlich über die Konkurrenz schimpfen — um nur landliche Versicherungs-gesellschaften. Seine Ursache hat dies darin, und das scheint die Leitung der hirsch-dunkerischen Gewerksvereine garnicht zu wissen, daß diese Lebensversicherungsgesellschaften öffentlich-rechtlicher Art mit der landwirtschaftlichen Entschuldungsaktion der östlichen Provinzen Preußens parallel gehen! Es sollen die Gelder der Gesellschaften den ländlichen Kreisen in Form von Hypotheken wieder zur Verfügung gestellt werden, der Abfluß der Gelder nach den Kapitalzentren der Großstädte soll so bekämpft werden!

Sicher ist ein öffentlich-rechtliches Versicherungsinstitut, welches nur 3,5 Prozent zahlt, keine Zantienen kennt, festbleibende Prämienläge erhebt usw. usw. viel, viel besser als die privaten Aktiengesellschaften in der Lebensversicherung. Damit ist aber noch nicht gesagt, ob solche Einrichtungen, die vorläufig nur für die ländlichen und in Provinzen Preußens bestehen und mit der Entschuldungsaktion der Landschaften konform laufen und arbeiten, für städtische Arbeiter die geeignetste Versicherungsform sind. Der Gewerksverein träufelt sich damit, daß die öffentlich-rechtliche Versicherungsgesellschaft, die er meint, bis jetzt 100-

Kapitalen zur Selbstmachung von Landarbeitern auf der eigenen Scholle benutzt — er hofft, daß wie bei der Volksversicherung, die Prämienreserve zur Finanzierung von Arbeiterwohnungsbaugesellschaften gemäßigten Charakters verwendet wird! Das ist aber bis jetzt nichts weiter als liberale Zukunftsmusik! Institute, die dazu gegründet sind, gegen die großstädtische Entwicklung und Kapitalkonzentration und für die Bauern und deren Entschuldigungsaktion Gelder zu schaffen — die sehen wir vorläufig noch nicht sich um die städtischen Arbeiter kümmern. Oder wollen die Hirsche nach Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien abwandern?

Es liegt deswegen im Interesse der Mitglieder der Gewerkschaften — um einmal mit den Worten ihres Zentralorgans zu sprechen — sich erst noch sehr genau zu überlegen, wo sie hingehen, ehe sie den Weg selbst machen! Uns erscheint es außerdem recht eigentümlich, daß der „Gewerkschaftsverein“ von der Wohlfahrtsrichtung der Volksversicherung spricht, die in den Dienst der eigenen Richtung gestellt werden müßte. Einmal, wenn man schon die Dummheit, eine Volksversicherung zu einer Parteiische zu machen, als eine Schläueht ansetzt, hoffen die Gewerkschaften wirklich, die ländlichen Lebensversicherungsvereinigungen zur Entschuldigend der großen und kleinen Landwirte in die hirschebundersche und liberale Richtung bringen zu können? Zum andern, sehr verehrte blaue Gewerkschaften: was hat die Wohlfahrt der Volksversicherung überhaupt mit der Richtung zu tun? Wäre es nicht viel geschickter, alle Arbeiter gingen in die „Volksfürsorge“? Einigkeit macht auch hier stark!

Aber so ist der Liberalismus und seine Arbeiterbewegung: alles muß er hübsch für sich und extra haben. Nun warten wir ab, die freien Gewerkschaften und die Genossenschaften werden schon gezeigt haben, was sie aus einer Volksfürsorge machen können, wenn die Hirsche-Dunderländer ihre Mitglieder, die hoffentlich klüger sind als ihre Führer, immer noch erfolglos auffordern, in die öffentlich rechtlichen Versicherungsanstalten Ost- u. Westpreußens und Schlesiens zu gehen!

Aus dem Gerichtssaal.

Duellbolde. Vom Kriegsgericht der Berliner Kommandantur wurde ein Leutnant der Reserve, ein Freiherr, wegen eines unblutigen Duells mit seinem Vetter zu 4 Monaten Festungshaft verurteilt.

Todesurteil gegen einen Wüstling. Wegen vorläufigen Mordes, begangen an seinem vierjährigen Sohn, wurde der Tagelöhner Johann Peter Knopp vom Schwurgericht 81 n. zum Tode verurteilt. Knopp hatte am 9. Mai seinen vier Jahre alten Sohn im Kleiderstanz erhängt und das Kind im Todeskampf noch mit einem Messer bearbeitet. Wie der Mörder selbst eingestand, hatte er auch die Absicht, seine Frau und seine zwei anderen Kinder umzubringen. Knopp, der ein Alkoholiker ist, hat die Tat bei voller Zurechnungsfähigkeit begangen.

Der Ausgang des neuen Schapiroprozesses. Über die Urteilsbegründung im Prozeß Berndt-Schapiro gegen den Redakteur Hirsch wird uns folgendes mitgeteilt: Der Vorsitzende des Landgerichts in Darmstadt, Landgerichtsdirektor Nagel, führte aus: Die Verteidigung hat zunächst den Beantwortscharakter der Frau Dr. Schapiro bestritten. Im Gegensatz dazu ist das Gericht zu der Ansicht gelangt, daß Frau Schapiro als Beamtin im Sinne des Gesetzes anzusehen ist. Für ihre Fürsorgetätigkeit war keinerlei gesetzliche Grundlage gegeben, sondern alles war ihrem Takt und ihrer Umhüt überlassen. Von ihrer Fürsorgetätigkeit hat das Gericht den Eindruck gewonnen, daß sie mit Wildheit und Mütterlichkeit vorgegangen ist. Fehlgriffe sind immer möglich. Aber man muß doch bedenken, daß nichts natürlicher ist, als daß sich verdorbene Naturen ihrem Einfluß entziehen möchten und sich durch ihre Tätigkeit beschwert fühlen. Das Gericht hat die einzelnen Fälle gewürdigt und ist in den meisten Fällen zu der Überzeugung gekommen, daß an dem Verhalten der Frau Schapiro nichts zu beanstanden war. In den Fällen, wo mit Deckadressen gearbeitet worden ist, liegt zweifellos ein Vergreifen in den Mitteln vor. Frau Schapiro hätte bei ihrer zynischen Stellung besser getan, sich daran nicht zu beteiligen, wenn auch anerkannt werden muß, daß die Polizei sich solcher Vertrauenspersonen bedienen muß, um in dunkle Winkel einzudringen. Der Frau Schapiro kommt ihre damals noch vorhanden gewesene Unerfahrenheit in kriminellen Dingen und die Tatsache zugute, daß sie auf Anordnung ihrer Vorgesetzten handelte. Die Teilnahme an den Fälschungen ist in dem Umfange, wie sie vorgekommen ist, nicht zu beanstanden. Es ist nach Ansicht des Gerichts durch die Verhandlung nicht erwiesen, daß nach Kuppelverhandlungen gesucht worden ist. Die Vernehmung eines Kindes in einem Zwangsvernehmungsvorverfahren ist gleichfalls nicht zu beanstanden. Auch in den von Professor Liebel vorgebrachten Fällen hat das Gericht nichts an der Tüchtigkeit der Assistentin auszufehen gehabt. Der Vorsitzende ging nun auf die Entschuldigend der infamierten Artikel ein: Dem Angeklagten sind eine Reihe von Beschwerden zugebracht worden und durch die große Anzahl von Beschwerden ist er zu der Überzeugung gekommen, daß etwas faul sei. Die Artikel enthalten eine Reihe schwerer Beleidigungen. Dabei hat der Angeklagte selbst angegeben, daß seine Landleute zu Übertreibungen und zur Klatschsucht neigen. Es wäre ihm ein leichtes gewesen, sich mit einiger Zurückhaltung zu überzeugen, was an den Beschwerden Wahres war. Da es sich um Angriffe auf die Polizei handelte, mußte er sich sagen, daß die Vorgänge dann von den Leuten,

die sich von einer polizeilichen Maßnahme betroffen fühlen, aufgebauscht zu werden pflegen. Die Polizei ist eine Macht, nach der man nicht genug schreien kann, wenn man sie braucht, und die man mit Hohn und Spott übergeht, wenn sie sich dann einmal angeblich vergreift. Das Gericht nimmt an, daß Hirsch an die Richtigkeit seines Materials geglaubt hat. In den Artikeln aber geht vielfach aus der Form die Absicht der Beleidigung hervor. Was die Nachtragsklage anlangt, so ist dem Angeklagten wegen Abdrucks von Artikeln aus fremden Zeitungen, auch soweit ihr Inhalt beleidigend ist, der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt worden. Weiter hat der Angeklagte dem Beigeordneten Berndt den Vorwurf des Meineids gemacht. Das Gericht ist der Überzeugung, daß eine Eidesverletzung des Beigeordneten Berndt in keiner Weise vorliegt. Von den verschiedensten Seiten ist seine absolute Wahrheitsliebe hervorgehoben worden. Seine ganze Persönlichkeit läßt darauf schließen, daß er nicht missichtlich Tatsachen verschweigen wird, sondern daß tatsächlich seine Erinnerung in bezug auf den Inhalt des Briefes verschwunden war. Aber da Hirsch Grund hatte, sich gegen den Nebenkläger zu wehren, um sich zu rehabilitieren, hat das Gericht ihm auch in diesem Falle den Schutz des § 193 zugebilligt. Die Begründung schließt: Es stand hier eine Tat zur Aburteilung, die nicht in allen ihren Konsequenzen beachtet werden konnte. Zugunsten des Angeklagten spricht, daß er nicht hat erkennen können, in welcher intensiven Weise seine Artikel die dienstliche Disziplin der Mainzer Polizei schädigen würden. Immerhin hätte er sich als ein Mann, der die Macht der Presse kennt, sagen müssen, daß die Artikel nicht ohne nachteilige Folgen bleiben konnten. In Betracht zu ziehen war auch das Temperament und die Charakteranlage des Angeklagten, ferner die Tatsache, daß es leichter ist, Vorgänge und Verhältnisse nachträglich zu beurteilen als vorher. Wer die Laterne trägt, stolpert leichter als der, welcher folgt. Die sachliche Kritik des Angeklagten ist in mancher Beziehung durchaus berechtigt gewesen. So ist als ungeeignet zu betrachten die Verbindung der sittenpolizeilichen und Fürsorgetätigkeit. Die Polizeiaspirantinnen mußten in Gewissenskonflikte geraten dadurch, daß sie gezwungen wurde, das, was ihr als Fürsorgedame mitgeteilt worden war, kriminell zu vermerken. Bei einer Trennung beider Tätigkeiten wäre ein Hand-in-Hand-Arbeiten sehr wohl denkbar. Gegen den ausgesprochenen Willen der Familie ist für die Fürsorge kein Raum. Ein Einschreiten ohne den Willen der Eltern ist nur mit Vorsicht zu empfehlen. Auch offene Ladungen lassen sich doch leicht ganz vermeiden. Der Angeklagte, der die Klatschsucht seiner Mainzer kannte, ist sehr leichtgläubig gewesen. Wie leicht hätte eine Frage: warum ist denn keine Beschwerde erfolgt? Aufklärung bringen können! Schon in den ersten Artikeln sind scharfe Angriffe vorhanden. Der scharfe Ton der Erwiderung aber wäre vielleicht doch nicht notwendig gewesen. Vielleicht wäre es auch zweckmäßiger gewesen, wenn ein anderer mit der Untersuchung betraut werden wäre als gerade der Beigeordnete Berndt. Einer der wichtigsten Punkte, bei dem der Angeklagte nicht Unrecht hatte, war die Verwendung des Polizeiaspiranten Bruder, der seine Tätigkeit als Beamter nicht von seinen privaten Liebhabereien trennen konnte. Das Zusammenarbeiten mit diesem Beamten mußte zu Mißgriffen führen. Es liegen zwei fortgesetzte Delikte der Beleidigung vor. Die Art, in der die Beleidigungen erfolgt sind, insbesondere das Hineinziehen persönlicher Verhältnisse des Beigeordneten Berndt und die ungeheuerlichen Beschuldigungen gegen Frau Schapiro, liegen eine Geldstrafe nicht am Plage erscheinen. Das Gericht hat daher wegen der Beleidigung des Beigeordneten Berndt auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und wegen der Beleidigung der Frau Schapiro auf sechs Wochen Gefängnis erkannt. Diese Strafen wurden zu einer Gesamtsstrafe von vier Monaten Gefängnis zusammengezogen.

Aus Nah und Fern.

Gleiches Recht für alle. Die „National-Zeitung“ erzählt mit der kühnen Bewunderung, die sich immer bei den liberalen Heldenjahren einstellt, wenn sie von „hohen Herrschaften“ reden:

Das Kronprinz-Auto ohne Krone. In Berliner Gesellschaftskreisen erzählt man sich folgendes Bildchen: Der Kronprinz und seine Gemahlin, die er in seinem jüngst erschienenen Jagdbuch immer „Gecie“ nennt, sind ganz froh, wenn sie in ihrem schnellen Automobil dahinfahren können, ohne daß gleich jedes Kind darauf aufmerksam wird, daß hier ein prinzipieller Wagen vorbeifährt! Die Kronprinzessin kam daher auf den Gedanken, von einigen ihrer Wagen die königliche Krone entfernen zu lassen und erhielt dazu, wie sie in einem kleinen Kreise selbst erzählte, die Erlaubnis ihres kaiserlichen Schwiegervaters. „Ja, aber, kaiserliche Hofeitel, warum ist denn jetzt wieder überall die Krone angebracht worden?“ „Es ging doch nicht“ — soß die freimütige Antwort gelautet haben — „wir wurden zu oft aufgeschrien!“ Das nationalliberale Blatt merkt garnicht, wie beleidigend für die preussische Polizei die der Kronprinzessin in den Mund gelegte Äußerung ist: Ist keine Krone am Auto, wird aufgeschrien — ist eine Krone dran, dann schlägt die Polizei die Hacken zusammen! — Wenn ein sozialdemokratisches Blatt so etwas von der preussischen Polizei behauptet hätte.

Blattat. In Danzig hat die geschiedene Frau Schürmer, die mit dem Kaufmann Schwarz zusammenwohnte, diesem nach vorausgegangenem Streit zwei Kugeln in

die Brust geschossen. Die Frau, die nach der Tat sich die Pulsadern zu durchschneiden versuchte, wurde verhaftet. Schwarz ist schwer verletzt worden.

Getrunken. Gestern nachmittag nahm in Konradsbühl bei Spandau die 28jährige Frau eines Monteurs aus Köln ein Bad in der Gabel und veranlaßte auch ein junges Mädchen, dort zu baden. Beide gerieten in eine Unstiefe und versanken. Der Schwager des jungen Mädchens sprang schnell ins Wasser, um die beiden zu retten, aber die zwei Frauen klammerten sich in ihrer Todesangst so fest an den Mann, daß er mit ihnen versank. Die Frau und das Kind des Mannes sahen vom Ufer der entsetzlichen Szene zu. Die Leichen wurden bereits geborgen. Die Frau und das Kind sind verchwunden und man fürchtet, daß sie sich ein Leid angetan haben.

Die Unterschlagungsepideemie. Der Kassenbote Albrecht von der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse in Braunschweig ist nach Unterschlagung von 85 000 Mk. flüchtig geworden. Der Defraudant hatte übrigens weniger Glück als seine Vorgänger, die es auf erheblich größere Summen abgesehen hatten. Er wurde bereits am gleichen Nachmittag in Peine verhaftet, als er bei einem Händler neue Kleider kaufen wollte. Albrecht machte sich durch sein aufgeregtes Wesen verdächtig.

Eifersuchtsattentat auf die Geliebte. Der Tagelöhner Jansen in Heydt brachte gestern der Tochter seines Logiskwirts, die ihr Verlobnis mit ihm aufgehoben hatte, aus Eifersucht tiefe Stichwunden am Hals bei. Auch die herbeieilenden Eltern des Mädchens erlitten eine Anzahl gefährlicher Stiche. Dann richtete der Vater das Messer gegen sich selbst und verwundete sich schwer. Alle vier Personen wurden schwer verletzt nach dem Krankenhaus geschafft.

Blutiger Bruderzwist. In der kleinen Gemeinde Bagani bei Neapel gerieten die Brüder Pascale, Ercole, ein Kaufmann, und der Geistliche Don Francesco, in Streit, in dessen Verlauf Ercole seinen Bruder, der sich gerade in der Sakristei seiner Kirche befand, wo er Messe lesen wollte, durch Revolverkugeln niederstreckte. Der Brudermörder begab sich hierauf nach Hause. Von Gewissensbissen gefoltert, schickte er bald einen Diener nach der Kirche, um sich nach dem Befinden seines Bruders zu erkundigen. Als man ihm meldete, der Bruder sei tot, erschob er sich.

Ein brennender Straßenbahnwagen. Zwischen Genua und Voltri ist am 10. Juli ein Straßenbahnwagen durch Kurzschluß in Brand geraten. Von den Passagieren, die sich durch Abspringen aus dem mit großer Geschwindigkeit dahinfahrenden Wagen zu retten versuchten, sind zwölf schwer verletzt worden, darunter drei tödlich. Einer von den tödlich Verletzten ist auf dem Transport ins Hospital gestorben.

Die Grubenkatastrophe in England. Aus Sheffield wird gemeldet, daß eine neue Explosion in der Cambridge-Grube stattfand. Wieder wurden mehrere Leute vom Rettungskorps von giftigen Gasen betäubt, doch fand kein weiterer Verlust an Menschenleben statt. 74 Leichen sind zutage gefördert.

Die Hitze. Die östlichen Gegenden Amerikas leiden fortgesetzt unter der großen Hitze. In Newyork sind gestern 11, in Philadelphia 6, in Chicago 9 Todesfälle infolge der Hitze und mehrere Selbstmordfälle vorgekommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 10. Juli.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meiserel-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mk., Käsen — Mk., Enten 3,00—4,00 Mk., Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,30—1,50 Mk., Tauben Stück 50—60 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Fildgans — Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,15 Mk., Schweinstopf Pfd. 50—60 Pf., Murrst Pfd. 1,30—1,50, Eier Stk. 7 1/2—8 Pf., Heringe — Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie 1,30—1,40 Mk., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. — Pf., Bariche Pfd. 60 Pf., Mal Pfd. 0,70—1,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumentohl der Kopf 30—40 Pf., Kohl 100 Pf. — Mk., Gurken 100 Pf. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Kerpel verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen pr. 100 Pfd. 1,00 Mk., Kirschchen Pfd. 50—60 Pf., Kartoffeln neue 10 Pfd. 1,00 Mk., Mand Pfd. — Pf., Steinbutt, lebende Pfd. 60—80 Pf., Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf. 3. Sorte 00 Pf.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 10. Juli.

Auftrieb 1639 Schweine. Markt schlank geräumt. Überfland — Stück. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 72— bis 73, — (57,50 bis 58,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 72, — (— bis 57,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 72,50 bis 73,00 (56,50 bis 57,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 72— bis 73, — (56— bis 57,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 65— bis 70, — (49,50 bis 53, —) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 67— bis 68,00 (53,50 bis 54,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 60,00 bis 65,00 (47,00 bis 50,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.

Unsere Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenzeitung unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ersten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Kräfte — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abzielen können, haben wir die kleine Zeitschrift, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gehalten und zwar auf nur 15 Pf. für ein 2 Seiten starkes Heft.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:
Der Mensch in der Pleistozänzeit.
— Wenn die Erde erztittert. —
— Gesundheit und Schönheit. —
— Der Wille und dessen Gymnastik. —
— Das Leben unter Wasser. —
— Fernphotographie. —
— Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. —
— Der Mensch und die Tierwelt. —
— Flüchtige Luft. —
— Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. —
— Verborgene Städte in der Sahara. —
— Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. —
— Mein Aquarium. —
— Unser Sonnensystem. —
— Das brutige Erbrochene usw. usw.
Um auch hier zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:
Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des Völkern Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsfahrten.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungsfahrten nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungsfahrten im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustriertes Geschichte des Altertums.

Bestellchein für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.
Herrn
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.
Unterschiedener abonniert hierdurch auf
„Welt und Wissen“.
62 Hefte à 15 Pf.
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____